

# Bote aus dem Riesen-Berge.

Eine Zeitschrift

für alle Stände.

Nr. 7.

Hirschberg, Mittwoch den 23. Januar.

1850.

## Hauptmomente der politischen Begebenheiten.

### Preußen.

Die königliche Botschaft vom 7. Januar hat gestern allen so mannigfaltigen Gerüchten über eine Minister-Krise ein Ende gemacht, zu gleicher Zeit aber wird sie wahrscheinlicher Weise eine gewaltige parlamentarische Krise hervorrufen. Dieselbe ist das Bedeutendste, das Inhaltschwerste, was seit dem Mai v. J. von der Krone ausgegangen; es ist nicht bloß eine Antwort auf die Revisions-Arbeiten der Kammern, sondern ein neuer Schritt gewichtiger Initiative von Seiten des Königthums.

Vorweg bringt die Botschaft die Zustimmung zu allen Veränderungen, welche die Kammern an der ursprünglichen Verfassung beantragt haben, und diese Zustimmung bestätigt das, was wir in unsern neulichen Betrachtungen von der Entschlossenheit der Regierung gesagt haben, den Abschluß des Verfassungswerkes ihrerseits nach Möglichkeit zu beschleunigen. Zugleich aber will dieselbe durch den Vorschlag neuer wichtiger Bestimmungen die Verfassung noch vor ihrer eiblichen Bekräftigung in wesentlichen Punkten zu höherer Vervollkommenung bringen, und ist in dieser Beziehung vertrauensvoll an die Kammern herangetreten.

Dieser Schritt, sagen wir, offenbart zunächst, sei es das Ende, sei es die Richtigkeit derjenigen ministeriellen Krisis, welche aus den bekannt gewordenen Differenzen im Ministerrath in Bezug auf den Abschluß der Verfassungs-Revision vermutet wurde. Die Krone macht ihren neuen Versuch zu einer definitiven Feststellung der ganzen Verfassung unter der konstitutionellen Mitwirkung und Verantwortlichkeit derselben Männer, welche ihr seit den Novembertagen treue und ergebene Minister gewesen sind, und von dem Augenblicke an, wo diese Männer einen so großen Akt, einen so tief in den konstitutionellen Neubau eingreifenden Vorschlag mit ihrem Namen gezeichnet haben, ist es nicht erlaubt,

daran zu zweifeln, daß sie denselben zu dem ihrigen gemacht haben (möge dieser Annahme im Schooße des königlichen Rathes vorhergegangen sein, was da wolle), es ist nicht zu bezweifeln, daß sie allen Ernstes für die gemachten Anträge eintreten wollen, daß sie mit denselben stehen und fallen werden. Wir sprechen dies mit aller Entschiedenheit dem so geschäftig verbreiteten Gerüchte gegenüber aus, als legte das Ministerium auf die Annahme oder Verwerfung der neuen Vorlage kein hohes Gewicht.

Die königliche Botschaft geht weit über das hinaus, was man von den Eröffnungen der Regierung in Bezug auf die Revision erwarten zu dürfen glaubte. Es hatte als Axiom gegolten, daß die Initiative derselben in diesem Betracht einzig und allein in der proponirten Verfassung vom 5. Dezember selbst beruhe, und daß ihr nach der Revision nur die passive Rolle der Annahme oder Ablehnung zukomme. Wir haben es unsererseits bedauert, daß die Regierung selbst während des ganzen Verlaufs der Revisions-Berathungen ihre Rolle gar zu willig als die einer solchen Passivität aufzufassen schien. Wir hätten gewünscht, daß sie sich nicht begnügt hätte, sich hier und da, noch dazu mit einer gewissen Schüchternheit, für anderweitig eingebrachte moderirende Amendements zu erklären, sondern daß sie den konservativen Geist, in welchem sie die Revision vollzogen zu sehen, von Anfang an gehofft hatte, durch eine kräftige Initiative ihrerseits gefördert hätte. Es wäre manchen Mitgliedern ein wirksamer Impuls von dieser Seite erwünscht gewesen, als der, welchen sie bei jener Unterlassung nun von anderer Seite erhielten, und es würde der Kammer im Ganzen wahrscheinlich in manchem Punkte die peinliche Nothwendigkeit erspart worden sein, auf ihre ersten Beschlüsse zurückzukommen.

Wenn aus jener Unterlassung aber von dieser oder jener



Seite gefolgt wäre, daß die Krone das Recht zu einem neuen Revisions-Versuche nicht mehr habe, daß sie sich nur noch über die Vorschläge der Kammern erklären dürfe, nächst dem aber den im §. 112 vorbehaltenen Eid ohne Weiteres zu leisten habe, so ist diese Frage an und für sich zum Wenigsten höchst zweifelhaft. Wie aber die Sachen gegenwärtig stehen, schöpft die Krone, ganz abgesehen von der absoluten Beantwortung derselben, gegenwärtig ihre Berechtigung und Verpflichtung zu den neuen Vorschlägen vorzugsweise aus der Thatsache, daß die Revision in sehr wichtigen Punkten vorläufig noch unentschieden geblieben ist.

Man möge die Beschleunigung der Beschwörung mit uns für noch so wünschenswerth, für noch so dringlich halten, so wird man es doch der Königlichen „Gewissenhaftigkeit“ nicht verargen dürfen, daß dieselbe vor dem eidlischen Gelöbniß auf das Dokument, von welchem fortan des Volkes Geschicke abhängen soll, noch einen Versuch macht, die offen gehaltenen wichtigen Fragen zur vorherigen Lösung zu bringen, und daß sie bei diesem Versuche die ganze Kraft ihres Ansehens einsetzt. Wir unsererseits würden es nur für einen Segen erachten, auch im konstitutionellen Regime immer Fürsten zu haben, welchen bei solchen Gelöbnissen „die Pflichten, die ihnen für das theuere Vaterland von Gott auferlegt“ sind,“ recht ernst „vor die Seele treten.“

Wir wollen heute nicht auf die Vorschläge selbst eingehen, welche mit der Königlichen Vorschacht an die Kammern gelangt sind. Es wird sich die Veranlassung zu ihrer Prüfung von allen Seiten unverzüglich ergeben.

An die Kammern aber wollen wir unsererseits die dringende Mahnung ergeben lassen, bei der Berathung der neuen Propositionen, jede andere Rücksicht, sei es auf Parteien, sei es auf das vermeintliche Interesse ihrer eigenen Konsekrenz, zurückdrängen vor dem ungeheuern Interesse der endlichen Befestigung unserer innern Zustände. Wenn die Propositionen abgewiesen werden, so ist schwer vorauszusehen, welche neuen, vielleicht unentwirrbaren Verwicklungen daraus entstehen können. Wir wissen, daß manche Vertreter im Verlaufe der Revision schon bedeutende Opfer von ihren politischen Neigungen gebracht haben, um nur das Werk der Verständigung nicht ohne Nothwendigkeit auf's Spiel zu setzen; wir rechnen auf den Patriotismus aller Fraktionen, um das Werk jetzt nicht scheitern zu lassen, nachdem es so nahe an den Hafen gebracht ist. In die Hand der Kammern ist es jetzt gelegt, daß die Verfassung in möglichst vervollkommneter und endgültiger Form bald zur eidlischen Bekräftigung durch die Staats-Gewalten gelange. Möge Jeder das Seinige thun, damit der Zeitpunkt nicht von Neuem hinausgeschoben werde.

Berlin, den 19. Januar 1850.

**100te Sitzung der Ersten Kammer am 16. Januar.**

Minister: Simons, v. d. Heydt, Graf Brandenburg, v. Laden-

berg, v. Schleinitz, die Regierungskommissarien Delbrück und Brinkmann.

Auf den Antrag des Abg. Freiherrn v. Arnim wird die Kommission für die deutschen Angelegenheiten von der Kammer mit 60 gegen 58 Stimmen beauftragt, das Verfahren der Staatsregierung in der Mecklenburgischen Verfassungsangelegenheit in ihrer Beziehung zum deutschen Bundesstaatsrecht zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, so wie die geeigneten Anträge zu stellen.

Der in der 99ten Sitzung angenommene Antrag des Abg. Kupper auf Uebergang zur Tagesordnung über die von der betreffenden Kommission empfohlenen Vorschläge zum Schutze der Leinenindustrie soll noch einmal zur Abstimmung kommen.

Derselbe lautet: „Die hohe Kammer wolle beschließen:

In Erwägung, daß eine so wichtige Frage wie die, ob Schutzzölle und Ausfuhrprämien zu bewilligen sind, einer alleseitigen und gründlichen Prüfung bedarf und nicht wohl einseitig hinsichtlich einer besondern Industrie-Branche entschieden werden kann, geht die Kammer zur Tagesordnung über.“

Dieser Antrag wird in der nochmaligen und zwar namentlichen Abstimmung mit 74 gegen 67 Stimmen verworfen.

Dagegen wird der Antrag des Abg. Diergardt, welcher lautet:

„Die Kammer wolle beschließen: die Beschlussnahme über den Schlussantrag der Kommission vorläufig aussetzen, unter Ueberweisung ihres Berichts aber der Staatsregierung zu empfehlen, die preussische Leinenindustrie durch angemessene Maßregeln zu beleben, zu diesem Ende namentlich durch Kommissionen in den einzelnen Distrikten der Leinensabrikation die Ursachen des Sinkens dieses wichtigen Industriezweiges und die Mittel zur Herstellung seiner früheren Blüthe, so wie der gegenwärtigen Lage der Spinner und Weber und die Mittel zur Beseitigung der häufig wiederkehrenden Nothstände derselben nach Vernehmung von Sachverständigen an Ort und Stelle noch genauer untersuchen zu lassen; demnächst bei der künftigen Zollkonferenz die im Interesse des Landes erforderlichen Anträge zu stellen, in Vereinigung mit den Zollvereinsstaaten in Erwägung zu ziehen:

ob der Eingangszoll von rohem Maschinengarn und von rohem Handgarn zu erhöhen sei, und ob andre Maßregeln der Zollgesetzgebung zur Erreichung des Zwecks getroffen werden können,

und sonstige geeignete Vorschläge den Kammern zur Berathung vorzulegen.“

wird mit großer Majorität angenommen.

Bericht der Kommission über die vorläufige Verordnung vom 21. Juli, betreffend die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens in den Bezirken des Appellationsgerichts zu Greifswald und des Justizsenats zu Gredenzstein.

Die Kommission trägt darauf an, der Verordnung die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Dieser Kommissionsantrag wird nach längerer Debatte in allen seinen Theilen unverändert angenommen.

**85te Sitzung der Zweiten Kammer am 16. Januar.**

Minister: v. Manteuffel, die Regierungskommissarien Schröder, Schumann, v. d. Ried.

Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die auf Mühlengrundstücken haftenden Reallasten.

Winkler: Die Wahrheit der Klagen der Mühlengrundbesitzer ist ebenso allgemein anerkannt wie die Nothwendigkeit der Abhilfe. Nach dem vorliegenden Gesetz würden Mühlen, die mit enormen Abgaben belastet sind, nach einem durch zwei Instanzen gehenden



Verfahren eine Entschädigung von jährlich 10 Silbergroschen zu zahlen. Nachdem alle gewerblichen Abgaben außer der Gewerbesteuer aufgehoben sind, ist es wohl endlich Zeit, daß die Gleichheit vor dem Gesetz auch auf die Mühlengrundbesitzer ausgebeht werde.

Hg. Kob. z. (S. dessen vollständig abgedruckte Rede, Seite 102.)

v. Bismarck: Schönhausen: Allerdings muß etwas für die Müller geschehen, aber mit der Art der Abhilfe bin ich nicht einverstanden. Die schrankenlose Gewerbefreiheit hat die Müller ruiniert. Sie ist auf dies Gewerbe nicht anwendbar. Der Müller kann nicht wie der Handwerker den Ort beliebig wechseln; seine Mühle wird werthlos, wenn die Konkurrenz überwiegend geworden ist. Nur die Beschränkung der Gewerbefreiheit kann den Müllern wieder aufhelfen.

Graf Poninski: Die Regierung ist in Bezug auf die Art der Entschädigung irreführt, die Regierungsvorlage, statt zu beruhigen, kann nur unzufriedener machen.

Der Regierungskommissarius Schumann: Allerdings hat die Gewerbefreiheit den Müllern Nachteile gebracht. Aber die Regierung ist nicht verpflichtet, für die aus der neuen Gesetzgebung entspringenden Nachteile den Müllern Entschädigung zu geben. Die Regierung hat, um die allgemeine Kalamität der Müller zu erleichtern, einen Anschluß an die Gesetzentwürfe über Ablösung der Reallasten und über Regulirung der bäuerlichen Angelegenheiten, auch die Mühlenabgaben zur Ablösung bringen wollen.

v. Klugow: Der Guts herr darf nicht für die Maßregeln der Regierung verantwortlich gemacht werden, aber ebenso nothwendig ist es auch, daß die Angelegenheit der Mühlenbesitzer möglichst rasch erledigt werde, und zwar im Interesse wie der Berechtigten so auch der Verpflichteten.

§§. 1 und 2 des Regierungsentwurfs bestimmen: Wo es eine Streitfrage ist, ob die Abgabe des Müllers eine gewerbliche oder eine Grundabgabe ist, soll nicht mehr nach dem Gesetz vom 17ten Febr. 1832 die Präsumtion zu seinem Nachtheile sein, sondern die allgemeinen Bestimmungen über Beweismittel gelten. Wo nicht aufgehobene Reallasten nachgewiesen werden, sind sie nach den sonstigen Ablösungsregeln sofort abzulösen.

§. 1 wird nach dem Regierungsentwurf angenommen. Ebenso auch §. 2 und außerdem noch folgender Zusatzantrag der Kommission als neuer Paragraph und zwar als §. 2 a.

Sind die darüber, ob und in wie weit eine auf einem Mühlengrundstücke haftende Abgabe eine Grundabgabe sei oder für den Betrieb des Mühlengewerbes entrichtet werden müsse, entstehenden Streitigkeiten bei der Regulirung nicht gütlich zu beseitigen, so überreicht die Auseinandersetzungsbörse die spruchreif instruirten Akten mit ihrem Gutachten dem Revisionskollegium für Landes-Kulturfachen zur Entscheidung. Gegen den Anspruch desselben findet weder ein ordentliches noch ein außerordentliches Rechtsmittel statt. Alle schon anhängige noch nicht rechtskräftig entschiedene Prozesse gehen, wenn gegen das bereits ergangene Erkenntnis ein Rechtsmittel eingelegt wird, ebenfalls an das Revisionskollegium zur endgültigen Entscheidung auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes. Nur bei der Publikation dieses Gesetzes in der Revisions- oder Richtergleits-Instanz schwebenden Prozesse werden durch Entscheidung des Ober-Tribunals zum Austrage gebracht.

§. 3 wird nach dem Vordrage der Kommission dahin angenommen, daß alle Ansprüche der Müller auf Befreiung von Mühlenabgaben bis zum 1. Januar 1855 angenommen werden müssen.

§. 4 wird unverändert angenommen. Er bestimmt, daß, wo eine Entschädigung vom Staate in Anspruch genommen wird, dem Fiskus sogleich bei Einleitung des Ablösungsverfahrens davon Nachricht gegeben werden muß.

§. 5 wird nach Verwerfung aller Amendements mit folgender von der Kommission beantragten Aenderung angenommen:

„Es wird der gegenwärtige gemeine Kaufwerth, d. h. der Werth, welchen das Mühlengrundstück nach seiner Wasser-

kraft, Lage und der zur Zeit der Abschätzung bestehenden Konkurrenz, sowie in Erwägung aller auf ihm ruhenden Lasten und Abgaben, sowie aller ihm zustehenden Berechtigungen in Pausch und Bogen durch Schiedsrichter festgestellt.“

Ebenso wird als ein neuer §. 5 a. folgender von der Kommission vorgeschlagene Zusatz angenommen:

„Die Schiffsmühlen sind im Sinne dieses Gesetzes ebenfalls zu den Mühlengrundstücken zu rechnen.“

§. 6 wird nach dem Gesetzentwurf angenommen. Nach demselben soll den nach dem Gesetz vom 17. Januar 1845 gegründeten Mühlen das im §. 5 bestimmte Privilegium bei Ablösung der Lasten nicht zu Statten kommen.

§. 7 wird ohne Diskussion unverändert angenommen. Nach demselben soll mit Publikation dieses Gesetzes die Sistirung der Mühlenprozesse aufhören.

Landeshut, den 15. Januar. Heute ist dem Pastor Schmidt zu Haselbach durch das hiesige Kreisgericht die Citation vor das Schwurgericht zu Berlin insinuiert worden, indem er angeklagt ist, in der Sitzung am 15. Nov. 1848 für den Beschluß wegen Nichtberechtigung des Ministeriums zur Erhebung von Steuern gestimmt und ein Drucker-emplar dieses Beschlusses geständiglich einem seiner Waidmänner zugesandt zu haben. [N. D. 3tg.]

Breslau. Nach den Bevölkerungslisten von 1846 beträgt die Seelenzahl a) der Civil-Personen 106,687, b) der Militär-Personen 6111, Summa: 112,798.

[Bresl. 3tg.]

Berlin, den 18. Jan. Die Friedensunterhandlungen zwischen der dänischen und preussischen Regierung haben gestern begonnen.

Koblenz. Der Regierungs-Präsident hat an die Landräthe eine Verfügung erlassen, wonach die Fremdenpolizei geschärft wird und die Polizeibehörden darauf zu sehen haben, daß den aus dem Auslande kommenden Polen die Weiterreise in die biesseitigen Staaten nur dann gestattet wird, wenn deren Pässe von den Königl. Gesandtschaften visirt worden sind. Es soll nämlich im Plan der polnischen Agitatoren liegen, viele im Auslande sich aufhaltende polnische Emigranten nach der Provinz Posen zu dirigiren, um dort ihre Pläne zur Ausführung zu bringen.

Deutschland.

Sachsen.

Dresden. Ein am 8. Januar in Königsstein von dem Musikkorps des 18ten österreichischen Jägerbataillons abgehaltenes Konzert ist ziemlich besucht gewesen. Zwischen den anwesenden österreichischen und sächsischen Offizieren machte sich ein sehr kameradschaftliches Verhältniß bemerkbar. — Der Druck der Regierungsvorlage über die deutsche Frage ist nunmehr beendet. Den Schluß macht die Note, worin sich die sächsische Regierung dem bekannten österreichischen Proteste anschließt. Sie sagt darin, die sächsische Regierung habe, indem sie das Bündniß vom 26. Mai eingegangen, zwei ausdrückliche Voraussetzungen festgehalten, daß nämlich einerseits diese dem deutschen Volke dargebotene Verfassung



Gemeingut der deutschen Nation, nicht eines Theils derselben werde, anderentheils aber die Aufrichtung des Bundesstaats nicht mit Verletzung der aus dem deutschen Bunde hervorgehenden vertragsmäßigen Rechte erfolge. Die Regierung empfindet das Bedürfnis, an die preussische Regierung das wiederholte dringende Ersuchen zu stellen, nochmaliger Erwägung die Vollziehung des Kriegszustand und die davon unzertrennliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands in seiner Gesamtheit wie in seinen einzelnen Bestandtheilen ersten Gefahren preiszugeben droht.

Von dem ersten Ausschuss der ersten Kammer ist Bericht erstattung über den Antrag auf Aufhebung der in Sachsen verfügten Belagerungszustände erfolgt. Ueber die Fortdauer des Belagerungszustandes für Dresden und Umgegend spricht sich die ministerielle Mittheilung folgendermaßen aus: Wenn sich die Regierung mit der sofortigen Aufhebung des Kriegszustandes in Dresden und Umgegend nicht einverstanden fände, so beruht dies auf der Ueberzeugung, daß die Partei, welche im vorigen Jahre die Aufstände in der Pfalz und Baden und an vielen andern Orten und Gegenden geleitet und hervorgerufen, ihre Pläne noch nicht aufgegeben hat und namentlich auf Dresden noch ihre Hoffnung setzt. Deutet hierauf schon die hoffnungreiche und Rache drohende Sprache vieler demokratischen Blätter, so liegen auch für Dresden selbst mehrere Anzeichen vor, die auf die Absicht einer Einwirkung auf die Soldaten im revolutionären Sinne schließen lassen. So haben neuerdings verschiedene Soldaten Exemplare der bekannten Kriegskartell von Heinen, die ihnen zugestellt worden, an das Gouvernement abgegeben, und bei Gelegenheit einer Haussuchung bei einem hiesigen Einwohner hat man ein ganzes Packet dieser Kriegskartell sowie andere aufreizende Schriften gefunden. Liegt daher die Befürchtung, daß nach Aufhebung des Kriegszustandes die Wühlereien und insbesondere das Auswiegeln der Soldaten, was im vorigen Jahre hier im größten Maßstabe betrieben wurde, alsbald wieder beginnen werde, sehr nahe, und ist grade jetzt bei den gespannten Zuständen Deutschlands überhaupt es doppelte Pflicht der Regierung, Excessen der Art vorzubeugen, die zu ganz unabsehbaren Folgen führen könnten, so hält dieselbe es durchaus für unthunlich, den Kriegszustand schon jetzt und ehe ihr durch ein neues Vereinsgesetz die Kraft gegeben worden ist, den geschwindigen Ausschreitungen der Vereine entgegenzutreten, wiederaufzuheben.

Der deutsche Ausschuss der zweiten Kammer, welcher anfänglich sehr eifrig an die Lösung der ihm gewordenen Aufgabe zu gehen schien, hat plötzlich seine Beratungen eingestellt. Man vermuthet, daß der Grund davon in den neuesten Berliner Verwickelungen liegt, deren Ausgang man erst abwarten zu müssen glauben mag, bevor man sich entscheiden könne, ob man ferner noch mit gutem Gewissen auf dem Wege, den zu verfolgen die Mehrheit

des Ausschusses bisher entschlossen schien, vorgehen könne oder nicht.

Der Hauptmann von Rohrscheidt, der am 4. Mai nach der Konvention zwischen der Kommunalgarde und der Besatzung des Zeughauses auf dem Rathhause erschien, soll zum Tode verurtheilt worden sein. —

### **A n h a l t - G ö t t e n.**

Der vereinigte Landtag hatte den Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf zur Wahl eines Abgeordneten zum Volks- hause des nächsten deutschen Reichstages zu berathen. Die Debatte über diesen Gegenstand ist bis zum 15. Januar ausgesetzt worden, weil ein großer Theil der Mitglieder über die höchst wichtige Angelegenheit noch nicht genügend informiert sei.

### **F r e i s t a d t F r a n k f u r t a. M.**

Was bei der jüngsten Abstimmung unsrer Bürgerschaft ein besonderes Interesse erregen muß, ist das Verhältniß dieser Abstimmung zu jener am 17. October 1848. Als es sich damals darum handelte, ob wir eine neue Verfassung, eine Konstituante, ein auf alle 21 jährigen Staatsangehörigen ausgebreitetes Wahlrecht u. s. w. haben wollten, stimmten von 2859 erschienenen Bürgern 2312 mit Ja und 547 mit Nein. Dießmal, wo es galt, durch Betheiligung an der Wahl zum gesetzgebenden Körper dem Senate gleichsam ein Vertrauensvotum zu geben, gegenüber der aufgelösten Konstituante, stimmten 2807 Bürger ab. Diese Zahl kommt also nicht allein derjenigen, welche 1848 überhaupt stimmten, fast gleich, sondern übersteigt auch die Zahl derjenigen, welche damals mit Ja stimmten, um 595 Stimmen. Nicht unwichtig ist hierbei die Thatsache, daß diesmal in der ersten und zweiten Klasse viel zahlreicher abgestimmt wurde, als 1848, die dritte Klasse dagegen sich diesmal um ein ganzes Viertel geringer betheiligte, als damals. Dies ist der beste Fingerzeig, wo eigentlich unsere Demokratie zu suchen ist.

Die Bundeskommission hat der Statthalterschaft von Lauenburg den Rath ertheilt, vor dem Friedensschlusse mit dem Könige von Dänemark, Herzog von Lauenburg, zu keiner Genehmigung oder Publikation organischer Gesetze zu schreiten.

### **B a y e r n.**

M ü n c h e n. Unter den zu erwartenden Gesetzentwürfen befindet sich auch der Entwurf einer neuen Landwehrordnung, welche sehr strenge Bestimmungen hinsichtlich der Verpflichtung zum Dienst enthalten soll.

Die Zahl der bei der Kammer der Reichsräthe eingelauenen Adressen gegen die Judenemanzipation beläuft sich bis jetzt auf 364. Dieselben kommen von 1033 Gemeinden und tragen über 50000 Unterschriften. Auch an Se. Majestät den König sind eine große Anzahl solcher Adressen eingegangen. Sie kommen aus allen Theilen Bayerns, mit



Ausnahme der Pfalz, namentlich sind auch viele aus den drei Franken darunter.

### Hannover.

Die Ausfuhr hannoverscher Leinen im Jahre 1847 betrug 1,549,250 rthl. und im Jahre 1849 nur 1,328,750 rthl.

### Hamburg.

Am 14. Jan. war das Kollegium der Hundertundachtziger versammelt, um über den an dasselbe gelangten, von der Reuenerkommission ausgearbeiteten Entwurf einer Verfassung für den hamburgischen Staat zu berathen. Das Kollegium votirte, im Gegensatz zu den Beschlüssen der beiden ersten Kollegien, des Kollegiums der Oberalten und des der Sechziger, mit 89 gegen 37 Stimmen die unveränderte Annahme des Entwurfs. Die Verfassung der Reuenerkommission ist durchgefallen. Die drei größten Kirchspiele haben abgelehnt und nur die beiden kleineren Kirchspiele haben angenommen. Bei der Abstimmung waren 700 konvents-berechtigte Bürger zugegen, wogegen bei der Annahme der Wahl zum Erfurter Volks-ausschuss nur 230 stimmten.

Am 13. Januar Abends war in Vorstadt St. Pauli wieder eine großartige Schlägerei zwischen preussischen Soldaten und Matrosen, welche nicht ohne bedeutende Verwundungen abließ.

### Schleswig-Holstein.

Die Landesverwaltung für das Herzogthum Schleswig macht im Flensburger Korrespondenten bekannt, daß die Erhebung der Einkommensteuer nach der Verordnung vom 7. Juli 1849 im Herzogthum Schleswig bis weiter auszu-sehen sei.

Die Landesverwaltung für Schleswig-Holstein hat 3 Millionen für die Bekleidung des Land- Militärs- und Marineetats der Statthalterschaft bewilligt.

### Meklenburg-Schwerin.

Die von dem Advokaten Schramm zu Rostock verfaßte Rechtfertigungsschrift in der Verfassungsangelegenheit ist, nachdem sie die Genehmigung des Großherzogs und des Staatsministeriums erhalten, an das Bundeschiedsgericht nach Erfurt abgesandt worden.

### Braunschweig.

Bei der Vorbereitung der Wahlen für den Reichstag zu Erfurt zeigt sich bisher große Thätigkeit in unsrer konstitutionell-monarchischen Partei. Die Linke scheint entschlossen zu sein, sich bei jenen Wahlen nicht zu betheiligen.

### Österreich.

Van Tellaie wird so lange in Wien verweilen, bis die Organisation der unterstehenden südslavischen Provinzen vollendet und bestätigt sein wird. Die Korrespondenz des Banat-Raths wird mit dem Central-Ministerium in der Landessprache geführt und die „Narodni Noviny“ schöpft daraus die Hoffnung, daß das Ministerium bald ebenfalls

in der czechischen Sprache mit den böhmischen Regierungsbehörden korrespondiren werde.

Im Handelsministerium werden, dem „Kloyd“ zufolge, Verhandlungen angeknüpft, welche gleichmäßige Grundsätze und Bestimmungen für den Postenverkehr mit Deutschland herbeiführen sollen.

### Frankreich.

Gesetzgebende Versammlung. Sitzung vom 11. Januar. Fortsetzung und Schluß der Debatte über die Elementarlehrer. §. 6. des Gesetzentwurfs: „Die Comités der Arrondissements behalten ihr Recht, die Elementarlehrer abzusehen, doch wird diese Absehung erst durch Bestätigung des Präfecten definitiv“ wird ohne Diskussion angenommen. Das Amendement: „Das gegenwärtige Gesetz verliert 6 Monate nach seiner Verkündung seine Gültigkeit“ wird angenommen. Das ganze Gesetz wird mit 385 gegen 223 Stimmen angenommen.

In der gesetzgebenden Versammlung begann am 14. Januar die Debatte über die Organisation des Unterrichts. Bei der jetzigen Stellung der Parteien ist der Erfolg nicht vorauszusehen. Gegen den Gesetzentwurf sind mehr als 20 Redner eingeschrieben, darunter Victor Hugo.

Das erste Symptomen von Steuerverweigerung hat sich zu Meole, dem Hauptorte eines Bezirks, kundgegeben. Der dortige Gemeinderath hat sich geweigert, das Budget für 1850 zu votiren.

Der Bestand der französischen Armee in Italien ist auf 14 bis 15000 Mann reducirt.

Der Präfect des Departements der Saone und Loire hat 17 Wegeaufseher abgesetzt, weil man sie der socialistischen Propaganda beargwohnt.

Das Bulletin de Paris fordert die Regierung, die der Ordnung zugethane Presse und die gesammte Partei der Ordnung überhaupt auf, fortan mit gemeinsamen Kräften die socialistische Barbarei zu bekämpfen, welche früher oder später die ganze bürgerliche Gesellschaft zu vernichten drohe, wenn man dem Treiben der Socialisten nicht mit allem Nachdruck entgegenwirke.

Bis jetzt sind von der ersten Nummer des Journals Napoléon (an welchem der Präsident mit arbeitet) 50000 Exemplare abgezogen worden. Davon sind in Paris nur wenige Exemplare zu finden, woraus man schließt, daß dieser Wochenschrift ihr Wirkungskreis hauptsächlich in den Departements zugesandt ist.

### Italien.

Der Osservatore Romano berichtet, daß der Papst die Kreirung von 20 Millionen 5prozentiger Obligationen angeordnet habe. 8 Millionen werden sofort durch Vermittelung eines pariser Banquierhauses remittirt.

Der österreichische Militärbefehlshaber der Stadt Padua hat die Professoren der dortigen Universität mit Stockprügeln bedrohen lassen.



**Robe's Rede zu Gunsten der Müller**  
gehalten  
in der 85ten Sitzung der Zweiten Kam-  
mer am 16ten Januar c. a.  
abgedruckt aus den stenographischen Berichten. \*)

Meine Herren! Wenn sich die Gesetzgebung entschließen muß, Hülfe zu bringen, so können Sie wohl annehmen, daß diejenigen, welchen das Gesetz Hülfe bringen will, jedenfalls Hülfe zu fordern berechtigt sind. Ich spreche hier nicht von einem Privatforderungsrecht, sondern von einem politischen Forderungsrecht. Den Müllern ist man durch einen Gesetzentwurf entgegengekommen, welcher ihrer Noth abhelfen soll; es ist also die Frage außer Zweifel gestellt, daß sie in Noth sind. Ihre Kommission, meine Herren, ist dem Regierungsantrage wesentlich beigetreten und hat durch diesen Beitritt dasselbe bekannt, was die Regierung durch ihre Vorlage bekannt hat.

In der Sache selbst sind es vorzüglich zwei Fragen, die wir zu erörtern haben. Einmal, in welchem Maße die betreffenden Müller Hülfe zu fordern haben, und zum andern Mal, in welchem Maße ihnen die Hülfe durch die Gesetzwirkung gewährt wird.

Bei der Frage, in welchem Maße die Müller ein Recht haben, Hülfe zu fordern, muß man nothgedrungen auf die Gründe eingehen, aus welchen der Schaden erwachsen ist. Dieser ist ihnen aber erwachsen aus der Gesetzgebung vom 28. Oktober 1810 und vom 17ten Januar 1815. Ich hebe ausdrücklich hervor:

durch ein Gesetz ist dieser Schaden entstanden, also durch Staats-Maßregeln.

Will ich nun beweisen, daß dieser Schaden wirklich durch diese Gesetzgebung hervorgerufen ist, so muß ich nothwendig die Zustände betrachten, wie sie vor dieser Gesetzgebung gewesen sind, und wie sie sich nach ihr gestaltet haben.

Vor der Gesetzgebung vom Jahre 1810 galt das allgemeine Landrecht. Das Allgemeine Landrecht stellte allerdings prinzipiell die Mühlenfreiheit auf; es lagte, daß Mühlen anzulegen Jedermann freistehe, außer in öffentlichen Strömen. Aber das Allgemeine Landrecht fügte dieser prinzipiellen Bestimmung sofort Ausnahmen hinzu, welche das Prinzip gänzlich aufhoben; die Regel ging unter den Ausnahmen zu Grunde.

Solche Abweichungen vom Prinzip liegen darin, daß das Allgemeine Landrecht bestimmt: es sollten zunächst die allgemeinen Provinzial-Gesetze berücksichtigt werden. Ferner stand dem Prinzip entgegen das Bannrecht, welches den meisten fiskalischen Domänen und den meisten gutsherrlichen Mühlen bewohnte. Wäre aber dieses Bannrecht auch nicht bei den Mühlen gewesen, so hat doch das Allgemeine Landrecht eine anfangs nur provinzielle Vorschrift zu einer für das ganze Land erhobenen, nämlich die, daß, wenn in einem Dorfe eine gutsherrliche Mühle sich befände, zunächst in dieser Mühle gemahlen werden müsse. Erst wenn eine solche nicht vorhanden war, mußte man in der Dorfmühle, und erst dann, wenn auch diese nicht da war und das Dorf auch sonst keine Zwangspflicht zu einer andern Mühle hatte, erst dann stand es den Dorfbewohnern frei, auf jeder andern beliebigen Mühle zu mahlen. Ist durch diese Vorschriften nun auch kein eigentliches Bannrecht begründet, so werden Sie doch zugeben müssen, daß auf diese Weise die Wirkung eines Bannrechts für die Mühlen vollkommen errichtet worden ist. Damit auch dieses Bannrecht auf keine Weise durchbrochen werden konnte, gab das Landrecht außerdem allen Mühlen ohne Ausnahme das Widerspruchsrecht gegen neue Anlagen. Es durfte keine neue Anlage gemacht werden, wenn irgendwie der Nahrungsstand der schon bestehenden Müller

dadurch benachtheiligt schien. Es schließt diese Gesetzgebung also die Konkurrenz aus; es wurde den Müllern durch diese Gesetzgebung ein bestimmter Umfang von Arbeit und Gewinn gewährleistet und den Müllern ihre Nahrung gesichert. Daß unter solchen Umständen natürlich eine Mühle ein werthvolles Gut war, das gern zu Kauf oder Erbpacht gesucht wurde, ist gewiß; wie wir beispielsweise in den letzten Jahren bei den Apotheken-Privilegien gesehen, daß sie gesucht und theuer bezahlt worden sind, so früher bei den Mühlen.

Ich muß aber nothwendig auch einen Blick auf die Art und Weise richten, wie bei dem Uebergang der Mühlen aus dem Eigenthum des Domänen-Fiskus oder Gutsherrn das Kaufgeld für die Mühlen regulirt worden ist. Die meisten Mühlen konnten nach dem, was ich schon gesagt habe, nur dem Fiskus gehörige oder gutsherrliche sein. Sie gingen aus diesem Eigenthum heraus durch Erbpachts-Betrag oder Kauf an Privat-Müller. Aber sie gingen nicht heraus aus dem früheren Eigenthum, ohne daß ihnen das werthvollste Recht, das Bannrecht, welches dabei am meisten in Anschlag kam, mitgegeben wurde.

Es läßt sich nun nachweisen, daß, wenn der Fiskus eine Mühle verkaufte oder vererbpachtete, die Realitäten der Mühle, von dem Ertragswerth der Mühle gänzlich gesondert wurden. Es waren dies Acker, Wiesen, Ställe, Scheunen, Fischereien, Gärten, für welche Realitäten ein Erbstandsgeld genommen wurde, oder wie es an anderen Orten heist, ein Kaufgeld. Der Ertrag der Mühle aber wurde nach Maßgabe der zur Mühle gehörigen zwangspflichtigen Gäste bestimmt. Diese Theilung des Erwerbspreises für die Realitäten von dem Erwerbspreis für den Ertrag der Mühle ist eine vorkommende, überall vorkommende. Daß dem so ist, kann ich durch einige Gesetze der früheren Zeit beweisen.

Der Herr Präsident wird mir erlauben, die betreffenden Stellen vorzutragen. (Zustimmung.)

In dem Potent, wie die Domänen-Ämter in Erbpacht zu setzen, vom 26. März 1704, heißt es im § 11:

„Weilen an den meisten Orten das freie Mahlen cessiren wird, und also die Zahl der Mahlgäste durch Besetzung der Vorwerke vermehrt wird, so soll der Kanon von den Mühlen nach Proportion der Mahlgäste vorerst festgesetzt, hernach die Gebäude, Fischerei, Acker, Wiesen und was sonst bei ist, ordentlich taxirt und dem publicitanti zugeschlagen werden.“

Das ist die Gesetzgebung vom Jahre 1704. Etwas ganz Gleiches sagt ein Edikt vom 28. Februar 1705. § 2 dieses Edikts lautet:

„Bewegen denn auch verordnet wird, daß der einmal nach jeder Ortsbeschaffenheit regulirte Kanon bleiben und nicht darauf ligiert, hingegen aber dem, der die meisten Erbstandsgelder offerirt, der Vorzug gelassen werden sollen solle.“

#### §. 4.

„Desgleichen werden Mühlen nach eines jeden Orts beständigem Ertrage und anderer Gelegenheit angeschlagen und für einen jährlichen Kanon in Erbpacht gegeben werden, wovon denn gleichmäßig ein Erbstandsgeld oder Erbrechtsgeld folget.“

Man könnte nun fragen, ob diese Gesetzgebung dauernd bei uns gegolten habe, und auch das läßt sich beweisen. 1775 befohl Friedrich der Große dem Präsidenten der Verrechnungs-Kammer, Kohnen, eine Instruction für den damaligen Thronfolger aufzusetzen, mit deren Zugrundlegung der Thronfolger in der Finanzwissenschaft unterrichtet werden sollte. In dieser Instruction, die in Preuss's Leben Friedrich des Großen abgedruckt ist, heißt es:

„Wenn zu den Mühlenwarpgspflichtigen Mahlgäste gehören, so werden die Anschläge folgender Gestalt angefertigt: in Ansehung der Städte werden zc. wegen des platten Landes

\*) Die constitutionelle Zeitung nennt unsern Abgeordneten „den unermüdblichen Robe.“



aber müssen die Landräthe von den Dörfern, so zur Mühle zwangspflichtig sind, eine richtige Personenzahl aufnehmen. Von dieser Zahl werden  $\frac{1}{4}$  als Kinder und ganz alte Leute abgesetzt und  $\frac{3}{4}$  zum Anschlag behalten. Von diesen wird pro Kopf 9 Scheffel zu Roggen, 6 Gübe und Brannweinshoof, 3 Scheffel zu Malz und 3 Mrgen Futterhoof jährlich angeschlagen und danach der Anschlag verfertigt.

Sie sehen also, meine Herren, daß der Mühlenzins, die sogenannte Mühlenpacht, der Kanon, ausgemessen worden ist nach Maßgabe der Zahl der Zwangsmahlgäste. Daß dem wirklich so war, sehen Sie auch daraus, daß die 1810 in Pommern auch bei den von dem Domainen-Fiskus in Erbpacht gegebenen und zu Eigenthum ausgekauften Mühlen dennoch der Kanon alle 6 Jahre neu regulirt worden ist. Ja, das Edikt vom 29. März 1808, welches für Ostpreußen, Litthauen, Ermeland und Marienwerder ergangen ist, hebt in §§ VIII. und IX.

den ganzen Kanon, Pacht oder jede andere Abgabe der Mühlen zu Gunsten der Müller als zur Entschädigung für das aufgehobene Zwangsrecht erforderlich auf.

Man könnte nun fragen, ob diese Grundsätze, die bei Veräußerung von Domainen-Mühlen Platz griffen, ob auch dieselben Grundsätze von den Gutsheeren befolgt werden seien? Meine Herren! Sehen Sie sich um, wohin Sie wollen, überall finden Sie die Theilung des Erwerbspreises der Mühlen, so wie ich sie geschildert habe, einerseits in Geldsumme oder Kaufgeld, also in einer feststehenden baaren Geldsumme, und andererseits in einem Kanon, Erbzins oder Mühlenpacht. Eine solche Gleichmäßigkeit in allen Provinzen weiß ich schon an sich darauf hin, daß die Gutsheeren dieselben Grundsätze befolgt haben müssen, wenn es auch sonst nicht in der Natur der Sache läge, daß Prinzipien, wenn sie einmal als richtig angenommen worden sind, überall angewendet werden, wo man sie für wahr hält und den Gegenstand findet, den man damit treffen will.

Sonst aber könnte ich Ihnen auch noch durch zahllose Beispiele barthun, daß selbst bei verkauften oder vererbpachteten Mühlen der Kanon noch später, noch dem Verkauf, geändert worden ist, je nachdem mehr Mahlgäste der Mühle zugeschlagen oder davon abgenommen worden sind. Endlich kommen noch die Fälle sehr häufig vor, daß Müller von der Grundherrenschaft nur und gar nichts mehr erwarben, als die reine Mühlengerechtigkeit mit der Bauhülfe der Grundherrenschaft.

Auch in diesem Falle ist die Regulirung des Kaufpreises erfolgt, wie ich es gesagt habe, durch Erlegung eines festen Erbpachtgeldes und demnach eines Erbpacht-Kanons. Hier ergiebt sich also ganz gewiß, daß der Kanon nicht bezahlt werden konnte für irgend eine überwiesene andere Realität als die Bauhülfe, und da der Werth der Bauhülfe auch heute noch berechnet werden kann, Zins- und Kaufgeld aber weit über diesen Werth hinausgehen, so muß das, was über diesen Werth gegeben worden ist, für die Zwangsgerechtigkeit bezahlt worden sein.

Wenn wir diese Lage der Sache genau betrachten, so finden wir, daß der Müller zwar immer Eigentümer der Realität ist, daß er sich aber in Beziehung auf die Nutzungen vor den Mahlgästen gleichsam wie ein Pächter verhält, denn der Kanon, den er zu zahlen hat, ward ja nach der Zahl der Mahlgäste verändert und regulirt.

In diesen Zustand hinein tritt nun die Gesetzgebung vom Jahre 1810. In dem Edikt vom 28. Oktober §. 1 wird die Zwangsgerechtigkeit der Mühlen, ihr Zwangs- und Bannrecht aufgehoben und durch das Edikt vom 2. November 1810 vollständige Gewerbefreiheit eingeführt, dergestalt, daß, wie es im §. 17 heißt, keiner Kommune und keinem Einzelnen ein Widerspruchsrecht gegen neue Gewerbe-Etablissements zustehen soll.

Ich räume dem Staat vollkommen das Recht ein, daß er Steuern, Patentirungen, Postzwang und Konzeptionen einführen

kann, wie sie der moderne Staat mit sich führt, und Monopole, Meilenrecht, Bannrechte, wie sie der Feudalstaat hat, einführen und aufheben kann, wenn es das Wohl des Staats erfordert. Hätte sich die Gesetzgebung hierauf beschränkt, so würde sich dagegen nichts sagen lassen, es hätte sich mit der Zeit das rechtliche Verhältniß zwischen den Mültern und Gutsheeren ausgeglichen. Aber die Gesetzgebung griff in den Rechtsgang ein, und dasselbe Edikt vom 28. Oktober 1810 bestimmt im §. 2, daß die Müller keinen Regreß haben sollen, weder an den Verkäufer, Erbpächter oder Zeitverpächter, noch an die Zwangsmahlpflichtigen, die früher zu seiner Mühle gehört haben. Durch das Abkneiden dieses Regresses wurde den Mültern der Gegenstand ihrer Pachtung und Nutzung entzogen, sie wurden aber dennoch gezwungen, das Pachtgeld für diese Nutzung eben so fortzuzahlen, als ob sie den Pacht- oder Nutzungs-Gegenstand noch besäßen und das Zwangsrecht ihnen noch zugestanden hätte. Und darin liegt eben das Unrecht.

Natürlich wurde das daraus entstandene Uebel den Mültern nicht so leicht fühlbar, denn nicht an einem Tage waren neue Mühlen erbaut, nicht an einem Tage war die Unternehmungslust so weit geweckt, um neue Mühlen sofort entstehen zu lassen. Anfangs hatten die befreiten Mahlgäste noch keinen anderen Vortheil von der erfolgten Aufhebung des Mahlwanges, als daß sie unter den bestehenden Mühlen beliebig wählen konnten, und das schädete den Mültern noch nichts. Dennoch aber wurde schon im Jahre 1811 unterm 7. September das bekannte Gewerbe-Polizey-Edikt herausgegeben, durch welches die Real-Berechtigungen auf dem Lande wider unter polizeiliche Beschränkungen gestellt wurden; diese Beschränkungen traten natürlich gleichzeitig auch zu Gunsten der Müller ein. Bereits aber im Jahre 1816 war Sr. Majestät der König genöthigt, durch Kabinetts-Ordnung vom 12. Juli zu befehlen, daß die enklavirungsberechtigten Müller durch die Klagen der Zinsheeren nicht zu Grunde gerichtet werden sollten. So weiß wir der Zustand der Müller im Jahre 1816 bereits gekommen.

Mit der Zeit machte sich das Uebel immer fühlbarer, und endlich sah sich der Staat genöthigt, 1826 die Bedürfnisfrage, wie sie im Allgemeinen Landrecht steht, von neuem einzuführen, d. h. es wurde nunmehr den Mültern wiederum ihre Nahrung gesichert, es konnte keine neue Mühle angelegt werden, sobald die neue Mühle nicht, ohne der alten Abbruch zu thun, Wiederaufbau sein konnte. So blieb die Lage der Sache bis 1845. Im Jahre 1845 aber erschien das neue Gewerbegesetz vom 17. Januar und hob nunmehr jede Beschränkung der Gewerbe-Etablissements auf, mithin auch die der Mühlen-Etablissements, und Jedermann kann nun Mühlen anlegen, so viel er will.

Dadurch sind in diesem Augenblicke die Müller in das größte Elend gekommen, denn es entstehen an jedem Orte neue Mühlen und namentlich große Dampf-mühlen. Daß die Müller durch diesen Zustand Schaden erleiden, läßt sich leicht übersehen. Sonst bestand sich auf einem Gebiete, das ein, zwei- oder dreitausend Einwohner hatte, nur eine einzige Mühle, jetzt befinden sich auf demselben Gebiete 3, 4 und 5 Mühlen. Es ist natürlich, daß das Einkommen der Müller dadurch geschmälert wird, wenn sie mit vier, fünf Anderen konkurriren müssen. Man sagt nun zwar, die Bevölkerung sei gestiegen. Ja wohl, aber in dem Maße, wie die Bevölkerung gestiegen ist, ist auch der Verbrauch der Kartoffeln gestiegen, und dennoch ist die Bevölkerung doch immer nicht in dem Maße gestiegen, wie die Zahl der Mühlen gestiegen ist.

Und wie kann der alte Müller mit dem neuen Müller konkurriren. Der neue Müller giebt 4, 8 oder 12 Rthlr. Gewerbesteuer, das giebt der alte auch; neben dieser giebt der alte Müller aber auch noch 100 Rthlr. Zinsen an seinen Gutsheeren; diesen Zins muß er herausarbeiten und dabei natürlich eben so wohlfeil sein, als der benachbarte, bloß mit der Gewerbesteuer



belastete Müller. Was er an Zins mehr giebt, muß er natürlich zuregen.

Meine Herren! Diese Zustände sind auch vollständig eingesehen und den Mültern ist Hülfe dagegen versprochen worden. Diese verheißt das Patent vom 5. Dezember 1848, jenes Patent, durch welches die Verfassungskommission publizirt wurde. In diesem Patent zählt Sr. Majestät der König ein Gesetz zur Regulirung der Mühlen-Abgaben zu den dringenden Zeitbedürfnissen, deren Befriedigung einen Aufschub dulden und womit den Wünschen des Volkes entsprochen werden müsse.

Die Motive der Gesetz-Vorlage erkennen diesen bedrückten Zustand der Müller ebenfalls an. Sie sagen: (Dies:)

Es ist nicht zu verkennen, daß die Mühlenbesitzer sich vielfach in einer sehr bedrückten Lage befinden und die Substanz einer großen Zahl derselben bedroht wird.

Daß der Staat ein wesentliches Interesse, daß die Mühlenbesitzer der Lasten, welche unter für sie günstigen Verhältnissen übernommen und jetzt unerschwinglich geworden sind, nicht erliegen, so müssen diese Prästationen verringert werden.

Es fragt sich nun, wie das Gesetz dieser kühnen Absicht entspricht? Ich für mein Theil muß erklären, es entspricht dieser Absicht gar nicht. Beschädigt worden sind nicht bloß die armen Müller, sondern auch die Wohlhabenden. Alle Müller ohne Ausnahme stehen jetzt zu ihren Malplätzen in gleichem Verhältnisse, die alten in keinem besseren Verhältnisse als die neuen. Die alten Mühlen stehen auch zu dem Staate in einem besseren Verhältnisse als die neuen, denn sie müssen dieselben Abgaben an den Staat geben, wie diese. Außerdem müssen sie aber noch diejenigen Abgaben tragen, welche sie bloß deshalb übernommen haben, weil und daß die Gewerbesteuer nicht bestand, dafür, daß keine anderen Müller ihnen Konkurrenz machen konnten, die Mahlgäste ihnen gesichert wären. Nun frage ich Sie, wie eine solche Abgabe mit der Gewerbesteuer irgend zu vereinigen ist? Eine Abgabe, welche bezahlt wurde dafür, daß keine Gewerbesteuer bestünde, wird fortentrichtet neben einer anderen Abgabe, welche bezahlt wird dafür, daß die Gewerbesteuer bestehe. Wir haben hier zwei scharfe Gegensätze: Abgaben dafür, daß Etwas ist, und zugleich und daneben Abgaben dafür, daß dasselbe Etwas nicht ist.

Es stehen die beiden Abgaben im Widerspruch mit sich selbst, sie können, sie dürfen nicht neben einander bestehen bleiben. Die Müller haben ein Recht, zu fordern, daß eine von beiden Abgaben ihnen abgenommen werde, und da sie vor den übrigen Staatsbürgern weder bevorzugt, noch ihnen nachgestellt werden dürfen, so bleibt nichts übrig, als die Staatsabgaben zu lassen und die grundherrlichen abzunehmen. Darin ist auch keine so große Schwierigkeit als es scheint.

Wenn dies nun dasjenige ist, was die Müller von der Gesetzgebung erwarten können, so werden Sie mir Alle zugestehen, daß das Gesetz diese Absicht nicht erfüllt und nicht erfüllen kann. Alle Amendements, die zu diesem Gesetze gestellt worden sind, treffen den Punkt nicht, den ich eben hervorgehoben habe. Ich rathe also, daß Gesetz abzulehnen, damit es der königlichen Regierung zur nochmaligen Berathung übergeben werden könne.

Glauben Sie nicht, wenn Sie das Gesetz zurückweisen, daß Sie diejenigen Müller benachtheiligen, welche scheinbar durch dieses Gesetz eine Erleichterung erhalten sollen. Ich nenne die Erleichterung eine scheinbare und muß zum Beweise dessen im Großen und Ganzen, nicht im Einzelnen auf das Gesetz eingehen.

Die ersten vier Paragraphen des Gesetzes richten sich gegen eine Präsumtion, welche im Jahre 1832 für die Natur der Mühlen-Abgaben aufgestellt worden ist.

Der Entstehungsgang des Gesetzes vom Jahre 1832 ist der, daß viele Gerichtshöfe die Ansicht gefaßt hatten, der Mühlenzins sei eine Gewerbeabgabe im dem Sinne des § 30 des Gesetzes vom 2. November 1810.

Meine Herren! Gewerbezinsen sind die Mühlenzinsen nie gewesen. Ich habe es auseinandergelegt, wofür sie gezahlt worden sind.

Der § 30 des Gesetzes vom Jahre 1810 hebt aber nur diejenigen Abgaben auf, welche für die Berechtigung zum Betriebe des Gewerbes bezahlt werden.

Meine Herren! Der Müller hatte immer das Recht, sein Gewerbe zu betreiben, aber nicht das Recht, ein Zwangsrecht über Mahlgäste auszuüben, wenn er es nicht besonders erworben hatte.

Also eine Gewerbe-Betriebs-, eine Gewerbe-Erlaubniß-Abgabe ist der Mühlenzins nie gewesen.

Wenn die Gerichtshöfe dieses angenommen haben, so haben sie eine falsche Ansicht gehabt, und dieser falschen Ansicht ist durch das Gesetz von 1832 entgegengetreten worden. Diese falsche Ansicht existirt jetzt nicht mehr. Man darf also durch Präsumtionen auch nicht mehr gegen sie kämpfen. Meine Folgerung also ist, daß die Müller durch den Befall der Präsumtion jetzt keinen Vortheil mehr für sich erlangen können.

Die Kommission hat dieses Verhältniß auch vollkommen durchschaut, indem sie an einer gewissen Stelle ihres Berichtes von den vermeintlichen Nachtheilen der Müller spricht, die ihnen durch dieses Gesetz zugezogen worden wären. Sie giebt also der Täuschung, in welcher sich die Müller befinden, nach, sie läßt die Müller nach dem leuchtenden faulen Holze greifen, weil sie einmal glauben, es sei Gold.

Ich kann dieser Täuschung nicht das Wort reden. Die Müller fordern ihr Recht von der Gerechtigkeit der Gesetzgebung, sie wollen ihr Recht nicht gereizt wissen durch Irrthümer der Richter.

Wenn also in den ersten vier Paragraphen die Hülfe für die Müller nicht zu finden ist, so kann sie nur im § 5 liegen. Darin wird zunächst der Grundsatz aufgestellt, daß  $\frac{1}{3}$  des Reinertrages jedem Müller freibleiben müsse.

Ich verstehe zuvörderst nicht, wie man darauf kommt, daß der Gewerbe eines Grundstückes sich mit  $\frac{1}{3}$  des Ertrages begnügen müsse.

Es ist dasselbe Prinzip allerdings in der Realasten-Gesetzgebung angenommen worden. Aber hat man dort dies Prinzip vielleicht aus anderen Gründen angenommen, so folgt daraus noch nicht, daß man es auch hier annehmen müsse; denn es ist ein bedeutender Unterschied zwischen dem Ertrage eines Acker und dem Ertrage eines Gewerbes. Der Letztere hängt von der persönlichen Thätigkeit, der Geschicklichkeit, Umsichtigkeit des Gewerbetreibenden und von seinem Vermögen und Kredit ab. Ich bin fest überzeugt, kein einziger Grundbesitzer hat jemals verlangt, daß von diesem Ertrage, der rein von der Persönlichkeit abhängt, ihm zwei Drittel abzugeben werden sollen. Außerdem ist mit dieser Freiheit des Drittels sehr wenig gesagt. Dies Drittel kann so klein sein, daß der Müller dennoch nicht prästationsfähig bleibt. Dieser Reinertrag kann jährlich 120 Rthlr. betragen, zwei Drittel dürfen abgezogen werden, das sind 80 Rthlr., so bleiben 40 Rthlr. übrig. Davon kann keine Müllerfamilie leben.

Noch schlimmer stellt sich die Sache, wenn man die Art ins Auge faßt, wie das Gesetz den Reinertrag berechnen will.



Es soll zunächst der gegenwärtige Kaufpreis festgestellt werden; der gegenwärtige, also kein früherer: mithin, da in dem Momente der Schätzung doch nicht ein Kauf vor sich gehen wird, ein imaginärer. Der Kaufpreis soll festgestellt werden in Pausch und Bogen, was in dem gegebenen Zusammenhang nichts Anderes sagen kann, als ohne große Genauigkeit; aber doch wieder mit Berücksichtigung der Lasten und Berechtigungen, also doch wieder mit genauer Kenntniß dieser beiden Rubriken. Ich finde darin einige Unklarheit.

Auffallender ist es aber noch, daß, um den Reinertrag einer Mühle zu finden, die Last, das Minus, nach dessen Abzug doch erst der Reinertrag gefunden werden kann, in Plus verwandelt und dem gemeinen Werthe hinzugerechnet werden soll. Es ist dies eine Operation, die ich nicht begreifen kann. Nach meiner Rechenkunst muß jedes Minus subtrahirt werden, hier aber wird das Minus als Plus addirt. Es ist mir zwar bekannt, daß namentlich in Stempelsachen, um den richtigen Stempel zu finden, der Werth der zu Gunsten des Käufers außer dem baaren Kaufgeld übernommenen Lasten dem baaren Kaufpreis hinzugerechnet werden. Es ist mir auch bekannt, daß man den Kaufwerth eines Grundstücks nicht nach Abzug der Hypotheken berechnet. Aber es ist mir auch bekannt, daß dauernde immerwährende Lasten jedem Besitzer eines Grundstücks, eben deshalb weil er Besitzer des Grundstücks ist, beim Ankauf nicht in Anschlag gebracht werden. Denn diese Lasten sind keine persönlichen: jene bei Stempelsachen und die Hypotheken sind persönliche, zu welchen bloß das accessorisches Recht des Unterpfandes, das Hypothekenrecht, hinzutritt. Es wäre allerdings wunderbar, wenn man den Reinertrag einer Sache dadurch ermitteln könnte, daß man die Lasten nicht abzieht, sondern hinzugerechnet. Man hätte statt dessen im Gesetz offen sagen können: im gegebenen Falle soll der Brutto-Ertrag für den Netto Ertrag gelten.

Wenn Sie nun aber die Rechnungsart des Gesetzes stehen lassen, so werden Sie finden, daß, wenn die Realitäten ohne allen Abzug der darauf haftenden Lasten einen Werth von 13 haben, es haften darauf  $8\frac{1}{2}$ , dieses Werths als Lasten, der Müller immer und noch keinen einzigen Pfennig von seinem Zins in Abzug bringen darf.

Er kann also weit über die Hälfte des lastenfreien Werths der Mühle Lasten haben, ohne daß das Gesetz ihm Hälfte gewährt.

Wenn also das Gesetz auch dem Müller, dem es Erleichterung schaffen will, keine Erleichterung schafft, wenn es nur vollständig Ruinirte treffen kann, so erfüllt es auch in dieser beschränkten Beziehung seinen Zweck nicht.

Ueber die Amendements habe ich schon gesprochen, sie treffen den eigentlichen, wesentlichen Punkt, den Punkt der Hälfte nicht.

Es wäre nun die Frage, woher es rührt, daß diese Gesegporläge ihren Zweck nicht erfüllen kann? Sie kann ihn deshalb nicht erfüllen, meine Herren, weil sie von einem falschen Grundsatz ausgeht: noch hat der Rechtsgrundlag immer gegolten, daß wer beschädigt hat, auch entschädigen muß; aber hier steht sich der Beschädigte zurück und läßt die beiden Beschädigten den Streit untereinander ausmachen, denn die, welche beschädigt werden, sind der Gutsheer und der Müller. Der Gutsheer ist bis jetzt noch nicht beschädigt worden, denn noch wird ihm der Zins bezahlt; der Staat verlangt aber, er solle einen Theil seines Rechts aufgeben, um die von dem Staate an den Müller bezogene Beschädigung gut zu machen. Aber das Gesetz, so schmerzhaft es dem Gutsheern sein muß, nimmt ihm noch lange nicht genug, um damit den Müller zu retten. Der Müller geht trotz dieses Opfers des Gutsheern dennoch zu Grunde. Hätte man 1810 den Rechtsgang nicht verschränkt, so würde der Müller auf den Gutsheern zurückgegangen sein, und dieser würde in den

allermeisten Fällen das Recht gehabt haben, auf den Staat zurückgehen zu können, da meistens die Mählengerechtigkeit durch lästige Verträge erworben worden ist.

Der Staat hat seine Entschädigungspflicht vielfach zugestanden. Er hat in den Gesetzen vom 28. März 1808 und vom 2. November 1810 anerkannt, daß die Einführung der Gewerbefreiheit und die Aufhebung der Zwangspflicht zur Vermehrung der Staats-Einkünfte nur nöthig werde, um die Finanzen zu verbessern. Der Ausdruck: über die Finanzen, steht in dem Gesetz von 1808, der von „der Vermehrung der Staats Einkünfte durch Herstellung der Gewerbefreiheit“ in dem Gesetz vom 2. November 1810. Der Staat hat ferner anerkannt, daß eine Entschädigung eintreten müsse, indem er für die ausschließlichen Gewerdegerechtigkeiten in den Städten eine Entschädigung eintreten ließ; er hat es anerkannt in dem Gesetze vom 28. Oktober 1810, indem im §. 3 gesagt wird, ausnahmsweise solle den Mültern, wenn es die Localität bedingt, durch den Staat eine Entschädigung gegeben werden. Wie diese Bestimmung ausgeführt ist, lasse ich bei Seite; jedenfalls jedoch ist die Staats-Entschädigung nicht ausreichend gewesen. Daß dabei auch aus dem Beweis beschränkt worden ist, ist bereits angeführt. Der Staat hat endlich auch in der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 seine Pflicht auf Entschädigung anerkannt, indem er in den neuen Provinzen eine Entschädigung für die Mülter eintreten ließ. Der Staat hat also für alle Provinzen seine Pflicht zur Entschädigung anerkannt; nur für die Provinzen will er sie nicht anerkennen, welche seit 1807 bei ihm gewesen, die mit ihm gelitten und gebuldet haben. Die Folge davon ist dieses Gesetz, das den Mültern nicht hilft, den Gutsheern beschädigt und den Beschädigten frei ausgehen läßt. Im Jahre 18.0 bei der Regulierung des Staatschuldenwesens war bereits darauf Bedacht genommen, daß die Mülter auf eine Entschädigung vom Staat Anspruch machen könnten, und es wurden damals 3 Millionen Thaler zurückgesetzt, um die Ansprüche, welche von den Mültern ausgehen könnten, zu befriedigen. Von diesen 3 Millionen sind 2 Millionen bis jetzt verwendet. Es muß daher noch 1 Million vorhanden sein; diese reicht vielleicht hin, um die Mülter zu entschädigen. Es giebt im preussischen Staate Zinsmülter, also solche, die eine Entschädigung zu beanspruchen haben, gegen 18,000, nicht einmal voll. Wenn Sie nun annehmen, daß jeder Müller 150 Rthlr. zinst, was aber viel zu hoch angenommen ist, und wenn Sie wiederum annehmen, daß von diesen 150 Rthlrn die Hälfte, also mindestens 75 Rthlr., kompensirt werde auf die herrschaftlichen Lasten, so bleibt eine jährliche Entschädigung von 1,350,000 Rthlr. Wenn Sie nun ferner in Berechnung ziehen, daß die Ablösung jetzt zum 18fachen Betrage stattfinden muß, so wird eine Million jährlich ausreichen, den Mültern frei zu machen und den Gutsheern zu frieden zu stellen. Der Staat hat durch die Aufhebung der Zwangspflicht Gewinn gezogen, denn durch die Aufhebung der Zwangspflicht ist ihm die Möglichkeit gegeben worden, eine Gewerbe Abgabe einzuführen und eine Menge neuer Mühlen sich etablieren zu lassen. Es würde sehr wünschenswerth sein, wenn das hohe Finanz-Ministerium feststellen wollte, wie viel die Gewerbesteuer der Mülter in allen Provinzen beträgt; dann würde es sich ergeben, daß mit dem Ertrage der Gewerbesteuer der Mülter sehr leicht eine Regulirung getroffen und eine Ablösung der Lasten der Mülter bewirkt werden könnte, eine Ablösung, welche beide Theile befriedigt. Hat der Staat beschädigt, so muß er auch seine Pflicht zur Entschädigung anerkennen. Da dies in diesem Gesetze nicht geschehen ist, so bitte ich, es abzulehnen und es der königlichen Regierung zu überlassen, uns ein neues, anderes Gesetz vorzulegen.



## An die Freunde der geordneten Jagd=Freiheit 323. auf dem Rustikal=Eigenthum.

Durch das neue Jagd=Polizei=Gesetz geht die freie Jagd=ausübung für die Rustikalbesitzer auf ihrem Eigenthume verloren. Zur Abwehr dieser Gefahr haben wir einen zahlreichen Verein gebildet, und einmüthig auf Mittel gedacht, welche bezwecken sollen, daß die freie Jagdausübung den Rustikalbesitzern auf ihrem Eigenthum verbleibe.

Wir erkennen es, daß das in seiner Ausübung gänzlich lose Jagdgesetz vom 31. Oktober 1848 gezüglicht werden mußte; daß uns aber die Jagdfreiheit auf unserm Eigenthum, während sie andern verbleibt, ganz entzogen werden würde, dieses hatten wir nicht erachtet.

Wir können die von den Feinden der Volksfreiheit mit so vielem Geschrei erhobenen Klagen gegen den Mißbrauch der Jagdfreiheits=Ausübung durchaus nicht für begründet erachten. Denn: was die Befürchtung wegen der bewaffneten Revolution durch das freie Jagdgesetz betrifft, so erwidern wir: diese Zumuthung — einem so zahlreichen Stande eine solche Nichtswürdigkeit anzubichten — muß uns aufs tiefste kränken; der biedere preussische Rustikalstand wird seine Jagdwaffe nie zu solch unedelm Gebrauche nützen. —

Wir glauben hier am rechten Ort bemerken zu dürfen, wie wir das Bürgerwehr=Gesetz, weil es nach unserer Meinung den Schein hatte, als solle es gegen unsern edlen und geliebten König, die Regierung und Gesetze ein Trug sein, mit Verachtung zurückwiesen. In diesem Institut hätten wir eher eine bewaffnete Revolution erkannt.

Dieses Jagd=Gesetz aber hat den Rustikalbesitzern ein Recht verliehen, welches ihnen schon lange gehörte.

Was ferner die Hervorhebung so vieler Unglücksfälle, welche das Gesetz vom 31. Oktober 1848 veranlaßt haben soll, betrifft, so erwidern wir darauf: Wenn man die Zügellosigkeit der Ausübungserlaubnis, — deren Nothwendigkeit zu ordnen wir gar nicht verkennen, — zu den Unglücksfällen in Betracht nimmt, so muß man sich höchlichst wundern, daß nicht jedes Dorf in der so langen Zeit dieser freiesten Ausübung einen Unglücksfall zu beklagen hat. — Gott sei Dank, daß dies nicht geschehen ist. — Die vorgekommenen Unglücksfälle aber sind im Verhältniß immer nur als gering anzusehen, und auch wir wissen weithin in unserer Umgegend von keinem. Unglücksfälle aber sind im Umgange mit Feuerwaffe vor dem beregten Gesetz vorgekommen, und werden auch nach neuen Gesetzen vorkommen.

Das edle preussische Volk hat es auch hierin bewiesen, daß es für die Freiheit mündig und ihrer würdig war.

Tritt nun noch hinzu, daß: wie jede Frucht erst Reim, jeder Gelehrte erst Schüler sein muß; und so auch diese Kunstausübung erst gelernt und geübt sein will, es also zu erwarten steht, daß ein, lange vor dem Erscheinen des freien Jagd=Gesetzes; in Waffen stehendes Volk, deren größter Theil im Heere gedient, und folglich mit den Waffen umzugehen gelernt hat; es auch recht bald in der Kunst mit dem Jagdgewehr, vorsichtig zu sein, zur größern Vollkommenheit bringen wird.

Was wiederum die so sehr gewisse Voraussetzung der Wildvervielfältigung und Wilddieberei durch das allzufreie Gesetz betrifft, so setzen wir diesem entgegen: Es ist unläugbar, daß die Nationalversammlung einen gewaltigen Mißgriff durch die Nichtbeachtung der Schonzeit that; wir wissen aber auch, daß viele ehrenwerthe Gemeinden, wie man aus ihren Statuten ersieht, dem Uebel kräftig vorbeugten, und wir hätten dem nicht rathen wollen, welcher sich zur Schonzeit auf ihrem Eigenthum bei einer Wilderübung hätte betressen lassen. Auch gewahren wir noch eben so viel Hasen und Hühner, ja noch mehr auf unserm Eigenthum, als vor Einführung des freien Jagd=Gesetzes; denn wir sind und werden auch wohl nie solche fertige Schützen werden, als Männer vom Jagd; theils fehlt es uns zumest an guten Gewehren und abgerichteten Hunden, theils bekommen es viele gar bald überdrüssig, wenn sie viel Schußgeld verwenden müssen, und wenig erlegen. Und einem Hasen den ganzen Tag nachzulaufen und aufzupassen, dazu haben wir keine Zeit. Die vielfache Proprezeiung beim Beginn der Ausübung dieser Freiheit aber, daß in einem Jahr weder Hase noch Huhn vorhanden sein würde, ist daher gänzlich zu schanden geworden. Was die Wilddieberei anbelangt, so werden die Diebe in ihrer sträflichen Ausübung mehr gehindert und abgehalten, wenn sie von Vielen mit eben dem Eifer, als nur wenigen Menschen bewacht werden.

Wir haben nun bewiesen, daß alle diese Gründe, worauf sich die Feinde des guten Rechtes, der freien Jagdausübung, welches den Rustikalbesitzern auf ihrem Eigenthum gehört, stützen, um dieses Recht denselben zu entziehen, durchaus unhaltbar sind; und sie hätten denselben um dieser Ursachen willen ihr gutes Recht immerhin belassen können.

Wir können daher nicht umhin, höchlichst zu erstaunen, daß wir unser gutes und bewilligtes Recht, die freie Jagd=Ausübung auf unserm Eigenthum, während sie den Herrschaften frei bleibt, so theuer bezahlen sollen. Denn soll der Rustikal=Eigenthümer einen Schein, welcher 3 Thlr. kostet, lösen, für welchen er vielleicht einen, oder auch gar keinen Hasen schießt, so kommt er doch wahrlich sehr hoch daran! Oder ist denn das Wild für den hohen Adel und Herrschaften nur allein geschaffen, daß sie selbiges von ihrem Eigenthum umsonst, und wie dasselbe von dem unsern so theuer bezohlen müssen?

Und beherzigen wir die Verwendung der 3 Thaler, wovon 2 in die Armenklasse fließen, so ist es sehr edel, daß man der



Armen so mildbiglich gedenkt, auch wie hutbigen dem Grund-  
satz: „Wer den Armen giebet, leihet dem Herrn“, sehr gern;  
aber daß dieses allein auf unsere Kosten geschieht, und wir  
diese 2 Ehrl., welche in die Armenkasse fließen, gleichsam  
als ein Strafgehalt, wie von einer von uns begangenen, un-  
rechten Handlung betrachten müssen, das ist uns unbegrif-  
flich. Der dritte Ehrl. aber soll der Staatskasse überwiesen,  
und Diejenigen entschädigt werden, welche das Recht, auf  
fremdem Grund zu jagen, verloren haben. So viel hierüber  
auch zu sagen wäre, wollen wir nur kurz erwidern, daß es  
unmöglich ein Recht sein kann, auf fremdem Eigenthum zu  
jagen; und wie können wieder nicht begreifen, wie ein uns  
so lange vorenthaltenes Recht, von Andern aber mit Unrecht  
auf unserm Eigenthum ausgeübt, dieses Unrecht noch ent-  
schädigt sein will; die Rustikal-Besitzer hätten wohl eher  
Ansprüche auf Entschädigung, als die, welche so lange die  
Jagdausübung auf ihrem Eigenthum betrieben haben.

Wir protestiren aber feierlichst gegen die S. S. S. in diesem  
Gesetz, welches uns ein anerkanntes Recht, die freie Jagd-  
ausübung auf unserm Eigenthum, verbietet.

Wir wollen uns daher in dieser Noth durch Petition an  
unsern edlen und hochherzigen König, und an das hohe  
Ministerium wenden, und um Abhülfe der uns drohenden  
Gefahr bitten.

Ihr aber, ihr tausend und abertausend Freunde der ge-  
ordneten Jagdfreiheit, verharret nicht im dumpfen Schwe-  
gen, gebet nicht der Meinung Raum:

„Den wollen wir sehen, der uns die Jagdausübung  
„auf unserm Eigenthum verbieten soll.“

Erhebet mit uns auf ähnliche Weise eure Stimme, wirkt,  
weil es noch Zeit ist zu wirken, denn es ist die höchste Zeit.

Giesmannsdorf bei Landeshut, im Januar 1850.

### Die Rustikalbesitzer

von Giesmannsdorf, Wittchendorf, Neu-Reichenau  
und Hohenhelmsdorf.

294.

Seiner Hochwürden,

dem

Königlichen Superintendenten

Herrn P. Noth in Erdmannsdorf.

Wenn in der Sorge längstem Dunkel sich  
Des Gatten Brust nicht weiß zurecht zu finden,  
Und, weil ihm treulos Freund und Glück entwich,  
Nur Labyrinth rings ihn eng umwinden;  
Wenn jeder Pficht als Weib und Mutter treu,  
Die Gattin trostlos doch im Drange weinet,  
Mit dem, an jedem Morgenroth ihr neu,  
Des Schicksals Arm erscheint:

Dann ist's der Rückblick hin zum Traualtar,  
Der Beide sie weiß wieder zu ermannen,  
Zu ihm, vor dem im Austausch einst so klar,  
Herz gegen Herz, sie Alles sich gewannen;  
Zu ihm, auf dem der reinsten Liebe Bild  
An seine Brust die Hoffenden gezogen,  
Aus der, so oft sie selbst es wollten, mild  
Sie Trost und Heil gezogen.

Sie seh'n die Stunde neu erblüh'n, wo sie  
Im holden Chöre ihnen theurer Zeugen,  
Ergriffen an Gemüth und Herz wie nie,  
Vor dem Erhabnen sich würdig beugen:  
Erstarkt dem Schmerze gegenüber steht  
An den Altar dann ihr Kinderglaube,  
Von Hoffnung und Vertrauen frisch umweht,  
In seiner Siegerlaube.

Daß dieses Traualtars Heiligkeit  
Selbst Volksaal und Gerichtshof zu entfalten  
Nicht fähig sind, hast Du zu seiner Zeit  
In ehrenvoller Weise festgehalten:  
Wo Taufe, Liebesmahl und Predigt nur  
In jedes Christenleben Weihe tragen,  
Da einzig weiß des Segens Blütenstaur  
Der Ehe auch zu tagen.

Das ist „die große Wahrheit“, die hinein  
In wack'rer Ehepaare Wandel leuchtet,  
Bald ihn verklärt wie Frühlingssonnenschein,  
Bald ihn mit reinem Wohlseins Thau befeuchtet:  
Dem Traualtar entsrahlt der Morgenstern,  
Dem Pilgerpaare Bahn und Ziel zu weisen,  
Um seinem Bund, geschlossen vor dem Herrn,  
Durch Wort und That zu preisen.

Du dachtest und Du sprachst sie, Ehrenmann,  
Ein tausendfaches Echo Dir zu wecken,  
Und, was des Zeitgeists Täuschung irdig spann,  
Auch hinter seiner Maske zu entdecken:  
Des Vaterlands Vertreter senden Dir  
„Das Wort des Beifalls“ freundlich d'rum entgegen;  
Und was sie athmen, Würd'ger, wollen wir,  
Frucht Deiner Treue, pflanzen.

Der Deutsche ehrt der Väter Heiligthum,  
Der Ehebund gehört ihm zum Altare,  
Daß Lieb' und Treue bleibend sich sein Ruhm  
An ihrer schönsten Quelle aufbewahre,  
Und daß, wo zarter Pflichten Nachtgebot  
Er noch der fernsten Nachwelt wird bekennen,  
Mit reiner Achtung er ihm Einen Noth  
Darf „wahren Vormund“ nennen. C. A. L.



## Nobe gegen einen Zeitungsartikel.

208. Die Schlesische Zeitung vom 15. d. M. enthält in Nr. 12 einen Correspondenzartikel aus Hirschberg, folgenden Inhaltes:

Während der Kammerferien hat Herr Justizrath Nobe von hier, im Löwenberger Kreise in einer Versammlung Vorträge gehalten, während er nicht Zeit gefunden, seinen hiesigen Wahlmännern einen Bericht über seine Thätigkeit zu erstatten, was vielseitig befreundete. Die Absicht war, bei dieser Gelegenheit sich zum Deputirten zum deutschen Volkshause zu empfehlen.

Diese Angaben sind in jeder Silbe unwahr. Ich habe Hirschberg während der Ferien nicht verlassen, und weder in Löwenberg noch sonst wo weder Versammlungen noch Vorträge gehalten. Das Mithesein der vorgebliebenen Thatfache überhebt mich der Mühe, der ihr untergeschobenen Absicht zu widersprechen.

Berlin den 18. Januar 1850.

Nobe.

Liebed woll'n wir Dich im Herzen halten,  
Der so gut es stets mit uns gemeint!  
Mag des Schicksals Wille um uns walten  
Bis das Jenseit uns mit Dir vereint.

Tiefhartmannsdorf u. Tschischdorf den 20. Januar 1850.

Anna Regine, geb. W e n n r i c h, als trauernde Wittwe.  
Gottfried, Christiane, Ernst u. Johanne G ü n t h e r,  
als Kinder.

Ehrenfried Langer, als Schwiegersohn.

Johanne, geb. Baumgarth, Schwiegertochter  
Christiane, geb. Friebe, Schwiegertochter  
und fünf Enkelkinder.

## Entbindungs-Anzeige.

286. Die am 13. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Louise, geb. K u t t n e r, von ein Paar Zwillingen, Mädchen, beehre ich mich allen meinen werthen Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Lauer, den 15. Januar 1850.

Siegert, Königl. Kreis-Gerichts-Aktuarium.

## Todesfall-Anzeige.

318. Am 14. d. M., früh 5 Uhr, starb unerwartet schnell am Schlag, unser guter Vater und Schwiegervater, der Papierfabrikant G. W. L. E l s n e r zu Eggedorf.

Um stille Theilnahme bitten

die Hinterbliebenen.

206. An Feiertagen für die durch Robertschwemmung Verunglückten im Gubrauer Kreise sind ferner eingegangen: v. Förster auf Langenau 1 rthl., P. S. 10 fgr., Förster Köhler in Schreiberbau 15 fgr., Brauermstr. Flach in Lemmig 1 rthl., ungenannt 15 fgr., K. B. 1 rthl., Kfm. Urban 10 fgr., Sachs u. Söhne 1 rthl., Köschel 1 rthl., Frl. Bachmann 20 fgr., San. M. Dr. Schäffer 2 rthl., D. L. d. 7 fgr. 9 pf., Fr. D. 2. Stiebel 1 rthl., K. J. G. Wolf 3 rthl., G. S. K. 10 fgr., Frl. Schneider 2 rthl., Et. 25 fgr., K. S. in Warmbrunn 1 rthl., Baum aus Tschischröhdorf 2 fgr., D. L. v. Pollessem 1 rthl., Rast in Tschisch 2 rthl., Ger. Dokt. Gröndling 10 fgr., Post-Dire. Wänter 3 rthl., M. A. Aschenborn 1 rthl., in Summa 25 rthl. 4 fgr. 9 pf.

Die früheren Beträge: 70 : 2 : 4 :

Von Ihrer Königl. Hoheit der Frau Groß-

herzogin von Mecklenburg-Schwerin 50 : : :

In Summa 154 rthl. 7 fgr. 1 pf.

Hirschberg, den 20. Januar 1850.

v. G e n d e n.

v. G r a v e n i g.

322. Für die durch zweimaligen Hagelstaden heimgeschlagte Gemeinde Maiwaldau sind seit der letzten Anzeige in No 92 d. B. vom 17. Novbr. 1849 an mit den Geben eingegangen: im Nothr. v. Gröndling 5 Rthl. in Warmbrunn 1 Schffl. Korn, v. Baumguthsch. Köppler in Wobrensdorf 1 1/2 Schffl. Korn u. v. Baumguthsch. Protzsch das. 1 1/2 Schffl. Gerste; im Nothr. aus Tschischröhdorf von mehreren zus. 5 Schffl. Korn, 2 Schffl. Gerste, 1 Schffl. Hafer; durch P. Ertrichter Kleinert aus Wertheledorf von ihm selbst 2 Schffl. Korn, v. d. Gutshof. S. Schlarbaum 1 Schffl. 1, Siebenhaar 1, Pfeilscher 1, Köppler 1/2, Ansforgesch

293. **N a c h r u f**  
unserm uns so plötzlich entziffenen, unvergeßlichen Menne,  
Vater, Schwieger- und Großvater, dem Freibauerngutbesitzer  
**Ernst Christian G ü n t h e r.**

Er starb am 4. Jan. Nachmittags um 3 Uhr, an Lungen-  
schlag, in dem Alter von 57 Jahren 11 Monaten 23 Tagen.

Theurer Vater, Deine ird'sche Hülle  
Ruhet nun in tiefer Grabesnacht,  
Doch es war ja Gottes heil'ger Wille,  
Dessen Du bei jedem Werk gedacht.

Ruhe denn, ja ruhe sanft in Frieden,  
Bis wir Alle Dich einst wiedersehn,  
Jene Liebe, die uns hier beschieden,  
Kann im Grab unmöglich untergehn.

Du, mit Deinem kindlichen Gemüthe,  
Deiner Einfalt, Deiner Biederkeit,  
Du, von feltner Treue und voll Güte  
Die man sucht hienieden weit und breit.

Du ruhst jetzt in Deinem stillen Grabe!  
Schläfst nun aus von Deines Lebens Mühen.  
Unsrer Herzen letzte, einz'ge Habe  
Sind nur Klageöne, nimm sie hin!

Nimm die Thräne, die dem Aug' entzittert,  
Nimm sie hin, da sie die Liebe weint.  
Ob der Hügel Deines Grabs verwittert,  
Sie hat uns auf ewig Dir vereint.

Segnend mög' Dein Geist uns stets umschweben,  
Deine Liebe uns stets heilig sein;  
Du wirkst fort in unserm Herzen leben,  
Bis wir uns dort oben mit Dir freun.



Erben  $\frac{1}{2}$ , v. d. Müllemstr. Augustin 1 u. Dreßler  $\frac{1}{2}$ , v. d. Gerbermstr. Menzel  $\frac{1}{2}$  u. Preuß  $\frac{1}{2}$ , v. Schndrm Griech  $\frac{1}{2}$ , v. d. Gärtn Müller  $\frac{1}{4}$ , Schindler  $\frac{1}{4}$ , Enge  $\frac{1}{4}$ , Pohl  $\frac{1}{4}$ , Zheuner  $\frac{1}{4}$  u. Schöbel  $\frac{1}{4}$  Schffl., zus. 11 Schffl. 8 Mg. Korn; durch den Freigutbes. H. Patke in Warmbrunn von ihm selbst 3 Schffl. Korn, 1 Schffl. Gerste,  $1\frac{1}{2}$  Schffl. Hafer, v. d. Güteses. H. Besser  $1\frac{1}{2}$  Schffl. Korn, Heilscher  $1\frac{1}{2}$  Schffl. Hafer, Neumann 1 Schffl. Korn, Wenz 10 Mg. Gerste, Seiffert 10 Mg. Gerste, Kr. Besser  $1\frac{1}{2}$  Schffl. Korn, Fr. Schall 1 Schffl. Korn, zus.  $7\frac{1}{2}$  Schffl. Korn,  $2\frac{1}{2}$  Schffl. Gerste, 3 Schffl. Hafer, u. v. Gasthofbes. H. Finger 1 rel., v. vern. Fr. Müller aus Voigtödorf 1 rthl.; — von Kaiserswaldau  $2\frac{1}{2}$  Schffl. Korn,  $2\frac{1}{2}$  Schffl. Erbsen,  $\frac{1}{2}$  Schffl. Hafer,  $\frac{1}{2}$  Schffl. Kartoffeln und 7 Schütten Stroh; — im Januar v. Bauergutbes. Scholz aus Voberröhrsdorf  $\frac{1}{2}$  Schffl. Korn.

Den freundlichen Gebern allen den herzlichsten Dank und Gottes reichen Lohn!

Malwalbau, den 16. Januar 1850.

Biedermann, Pastor.

308. Sonnabend den 26. Januar 1850

## Concert

im Saale der Gallerie zu Warmbrunn

Abends 6 Uhr

zum Vortheil der Ueberschwemmten  
im Gubrauer Kreise.

Zu diesem Concerte, welches ich unter gütiger Mitwirkung der Frau Staats-Anwalt Hofmann, der Fräulein Puppel und Richter, so wie des Herrn Freiherrn v. Bedlig, Hr. Tschiedel und mehreren Herren der Warmbrunner Lieberthale, veranstalte, lade ich Nah und Fern zu zahlreicher Theilnahme ergebenst ein.

E. Gf. Schaffgotsch-Malwalbau.

316. Nächsten Sonntag, den 27. Jan., Nachmittag 2 Uhr, versammelt sich der Veteranen-Verein im Saale zum Kynast.

Hirschberg.

Krause, Major a. D.

### Ämtliche und Privat-Anzeigen.

309. Bekanntmachung.

Den unter der Direction des unterzeichneten Kreis-Gerichts stehenden Herren Vormündern wird die Einreichung der Erziehungs-Berichte und Vormundschafts-Rechnungen für das Jahr 1849 in Erinnerung gebracht, und erwartet, daß bis Ende dieses Monats alle Berichte und Rechnungen eingehen. Nach Ablauf der Frist wird die anderweitige Anforderung auf Kosten des Schünigen ergehen.

Die Erziehungs-Berichte müssen vollständig und ihrem Zweck entsprechend erstattet und denselben die Zeugnisse der betreffenden Lehrer über den regelmäßigen Schulbesuch der Pflegebefohlenen beigelegt werden.

Formulare zu den vorgeschriebenen Erziehungs-Berichten sind in der hiesigen Buchdruckerei des Herrn Vandolt käuflich zu haben.

Hirschberg, den 18. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht. II Abtheilung.

155. Bekanntmachung.

Die Ueberrahme der auf das Königliche Kreis-Gerichts-Gebäude sub No. 27 B. hier zu reparirenden Einquartierung soll an den Mindestfordernden verdingen werden. Zur Abgabe der dießfälligen Gebote ist ein Termin auf

den 23. Januar c., Vormittags um 9 Uhr, vor dem Kreisrichter Lucas anberaumt, zu welchem Diezungslustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die dießfälligen Bedingungen im hiesigen Gerichtsgebäude eingesehen werden können.

Hirschberg, den 5. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.

II. Abtheilung.

Lucas, Kreis-Richter.

299. Bekanntmachung.

Die Dachreparatur des sogenannten grünen Hauses zu Gräfsau, Kreis-Landesgut, vorzugsweise in theilweise Umdeckung des Ziegeldaches und Anbringung von Blechküfensfenstern bestehend, soll im Wege der Submission dem Mindestfordernden übergeben werden.

Unternehmungslustige qualifizierte Werkmeister werden hiermit aufgefordert ihre Submissionenforderungen, unter Anzeichnung als solche auf der Adresse, dem Unterzeichneten bis zum 1. März c. portofrei einzusenden.

Der Kostenanschlag, ohne Preise, liegt bei dem Unterzeichneten zur Einsicht offen und können auf Verlangen Abschriften davon gegen Erstattung der Kopialien verabfolgt werden. Hirschberg den 18. Januar 1850.

W. Salzenberg, Bau-Inspektor.

297. Bekanntmachung.

die Bildung der Districts-Commissionen bei Regulirung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse betr.

Auf Grund der Bestimmung des § 3 des Gesetzes vom 9. November 1849, betreffend die Feststellung der bei Auktion der Realitäten zu beachtenden Normalpreise und Normalmarkttorte, werden alle zum Bezug ablösblicher Realitäten im Kreise Löwenberg Berechtigten hierdurch eingeladen, Sich am 6. Februar 1850 Vormittags 10 Uhr

im Hotel du Roi in Löwenberg einzufinden, um die Mitglieder für die Districts-Commission zu erwählen.

Der Königl. Domainen-Fiskus, welcher ablösbare Realitäten im Kreise bezieht, kann durch einen Bevollmächtigten an der Wahl Theil nehmen.

Gleiche Befugniß, das Wahlrecht auszuüben, steht auch jedem anderen Berechtigten zu.

Der Bevollmächtigte muß sich im Termine legitimiren.

Löwenberg den 8. Januar 1850.

Der Königliche Landrath.

292. Subhastations-Patent.

Zum Verkauf des zur nothwendigen Subhastation gestellten Antheils des Wilhelm Engmann, an dem sub Nr. 132 zu Hermödorf u. A. belegenden, im Ganzen dorfgerechtlich auf 110 Rthlr. abgeschätzten Engmann'schen Hauses, steht auf den 6. Mai c. Vormittags 10 Uhr

in dem hiesigen Gerichtslokale Termin an. Die Taxe und der neueste Hypothekenschein sind in unserer Registratur einzusehen, die Kaufbedingungen sollen im Licitations-Termin festgestellt werden.

Hermödorf unterm Kynast den 16. Januar 1850.

Königliche Kreis-Gerichts-Commission.

Goghs.



307. Es wird hiermit bekannt gemacht, daß von jetzt ab alle Sonnabende Nachmittags im Schleußbusche Schwarz-Reiffig zu verkaufen steht.

Hirschberg, den 21. Januar 1850.

Die Forst-Deputation.

Auction.

281. Donnerstag den 31. Januar c., Vormittag 11 Uhr, werden im hiesigen Zeughause auch noch folgende aufrangirte Gegenstände, als:

- 1 Hintertummtgeschirr,
- 1 Vorderkummtgeschirr,
- 2 Sielengeschirr,
- 14 Galftern

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung versteigert. Hirschberg, den 16. Januar 1850.

Das Kommando des II. Bataillons  
(Hirschberg.) 7. Landwehr-Regiment.

313. Auktionsverkauf zu Friedeberg a. N.

Dienstag den 29. Januar, Vormittags 11 Uhr, sollen am hiesigen Rathhause

ein Pferd (Wallach), ein Spazierschlitten und Schellengeläute

gegen baare Bezahlung meistbietend verkauft werden.

Scoda, Aukt.-Komm.

Zu verpachten.

242. Das Gasthaus genannt

„Wilhelmshöhe“

ist anderweitig vom 1. April c. ab zu verpachten. Kautionsfähige und solide Pächter erfahren das Nähere bei Bruchmann im Hotel de Prusse.

Warmbrunn d. 12. Januar 1850.

232. Eine Bäckerei und Krämerei ist in Wertschütz, Kreis Liegnitz, bei der Kirche und dem Gasthof gelegen, zu verpachten. Das Nähere bei dem

Gastwirth Pohl in Wertschütz.

Brau- und Brennerei- und Gastwirthschafts-Verpachtung.

290. Das Brau- und Brennerei-Ort der Dominii Bernersdorf, Kreis Vollenhain, verbunden mit Gastwirthschaft und Fremdenherbergung und hiernach versehen mit räumlichen und sehr freundlichen Gefassen, so wie mit bedeutendem Betriebs-Inventario, an der verkehrreichen Gasse zwischen Landeshut, Kupferberg und Hirschberg und in der Mitte des hiesigen vollreichen Ortes sehr bequem gelegen, von jeder der Städte Landeshut, Vollenhain und Kupferberg eine Meile entfernt; soll von Johannis d. J. ab, wieder auf drei Jahre, im Wege des Meistgebots, verpachtet werden, wozu ein Bietungs-Termin auf

den 20. Februar c., Vormittag 10 Uhr,

in der Amtswohnung hier angesetzt ist. Hierzu werden qualifizierte Pachtlustige mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Pachtbedingungen schon jetzt eingesehen werden können und daß auch schon vor dem Termin Pachtgebote angenommen werden, worauf, nach Umständen, Kontraktabschließung erfolgt. Bernersdorf, den 15. Januar 1850.

Das Gräflich Hochberg'sche Wirthschafts-Amt.

285. Eine gut eingerichtete Garnbleiche, deren lebhafter Betrieb durch den Tod des Eigenthümers so eben erst unterbrochen ist, will der Färber Tzschaschel in Lauban verpachten.

Anzeigen vermischten Inhalts.

248. Das  
Expeditions- und Verladungs-Geschäft

von

Herrmann Gilden in Gr. Glogau empfiehlt sich zu Beförderungen über hiesigen Platz, unter Zusicherung möglichst billiger Provision und Frachtsätze.

314. Wer dem verstorbenen Buchbinder Wenting zu Friedeberg a. N. alte Bücher zum Binden gegeben hat, wird, wenn diese noch hier stehen, aufgefordert, dieselben binnen vier Wochen abholen zu lassen, indem die Bücher alsdann verkauft werden.

vermittw. Grundmann, als Erbin.

99. 8000 Thaler Rente.

Mittels eines geringen Einschusses von nur wenigen Thalern ist man im Stande sich bei einem Unternehmen zu betheiligen, welches dem Interessenten schon von diesem Jahre an eine jährliche Dividende bis zu 20,000 Mark oder 8000 Thaler Pr. Ct.

einbringen kann. Allen, welche bis zum 12. Febr. d. J. deshalb in frankirten Briefen anfragen, ertheilt unentgeltlich nähere Auskunft das Bureau von

Johs. Poppe in Lübeck.

302. Inser. <sup>133</sup> d. Bl. \*) wäre wahrlich nicht ersonnen, hätte Refer. nicht aus glaubwürdigstem Munde die Versicherung erhalten, daß dasige Wahlmänner 1 rthl. Diäten bezogen. Uebrigens, Hr. Schindler, anderswo auf Ihre Injurien weiter. Refer. ist allgemein als gerade kein Freund von Spirituosen bekannt, noch sich je eines Defectes bewußt; wie er auch noch nie Gehalt prägn. bezog, und ebensowenig von Gläubigern gedrückt wird; — wohl aber in seinen Verhältnissen recht bedeutende Opfer auch für arme Schulkinder bringt.

\*) Nicht aus Str. eingesendet.

Die Red.

303. M o t t o :

Es wundert sich die ganze Welt,  
Daß der Bittner's Schwein behält —  
Wunder — Wunder — über Wunder,  
Denn — a hot geschlacht jekunder. —  
Neukirch.

Verkaufs-Anzeigen.

304. Haus-Verkauf.

Das Haus No. 5 in Kaiserwaldau soll aus freier Hand verkauft werden. Kauflustige erfahren das Nähere bei dem Borwerkbesitzer Fischer zu Hirschberg.



### 309. Zu verkaufen.

In einer nicht unbedeutenden Provinzialstadt der schönsten Gegend Niederschlesiens ist ein am Ringe derselben gelegenes, zum größten Theil massives Haus ertheilungshalber für den Preis von 3000 Rthlr. mit 1500 Rthlr. Anzahlung zu verkaufen. Dasselbe enthält außer einem Verkaufs-Gewölbe nebst heizbarer Ladenstube 4 heizbare jede mit Alkoven versehene Stuben, 2 große Keller, großen Boden und Keller-gelass. Wo? ist in der Expedition des Boten zu erfragen.

### 131. Mühlen-Verkauf.

Königlicheihalter beabsichtige ich meine in Straupitz bei Eirschberg am Ober gelegene dreigängige, vollkommen zins- und laudemienfreie, im guten Bauzustande sich befindende Mühle, mit einer neuangelegten Trauben-Maschine und einigen dreißig Schöffeln dazu gehörigem Acker, aus freier Hand zu verkaufen. — Die Hälfte des Kaufgeldes kann gegen hypothetische Sicherheit darauf stehen bleiben.

Straupitz, den 7. Januar 1850.

B. Rosemann.

### 290. Mühlen-Verkauf.

Wegen immerwährenden Augenleidens bin ich Willens meine eingängige Wassermühle sub Nr. 42 zu Adlersruh zu verkaufen, auch können 8 Morgen Acker von guter Beschaffenheit dazu abgelassen werden.

Alles Nähere ist beim unterzeichneten Eigenthümer zu erfragen  
W. Sander. Müllermeister.

283. Mein auf hiesigem Markte belegenes Haus Nr. 2 mit 1 Boden und 6 bewohnbaren Stuben nebst nöthigem Keller- und Potengelass, bin ich geneigt zu verkaufen. Kauflustige wollen sich gefälligst an den Eigenthümer Sabinetz in Striegau melden.

282. Eine sehr vortheilhaft gelegene Bäckerei mit dem besten Betriebe, steht veränderungshalber zu verkaufen. Das Nähere ist Büttnerstraße Nr. 116 zu erfahren.

Schweidnitz, den 11. Januar 1850.

311. Pecco mit weißen Spitzen, Peritheo und Vanille empfiehlt M. Spehr,  
vis à vis dem Königl. Kreis-Gericht.

317. Frische Pfannkuchen empfiehlt  
der Bäckermstr. Kleiner, gegenüber dem Kreisgericht.

319. Pfannkuchen empfiehlt täglich frisch  
die Bäckerei des Theodor Widmensch.

### 233. Holzverkauf.

Aus dem königlichen Forst-Reviere Arnberg sollen Freitag den 25. Januar c., Vormittags 9 Uhr, im Gasthose zum schwarzen Hosi hieselbst:

- 1) Von den Ablagen im Dorfe Arnberg.  
156 1/2 Klaftern Fichten-Scheitholz,  
25 " " Knüppelholz,  
113 1/2 " " Stockholz.

2) Vom Forstdistricte Weisborn.

20 Klaftern Fichten-Scheitholz.

3) Vom Forstdistricte Grenzplan.

60 Schock Fichten-Reisig

öffentlich meistbietend verkauft werden.

Schmiedberg, den 14. Januar 1850.

Königliche Forstrevier-Verwaltung. Teye.

206. Nervenstärkende Niesengebirgsgras-Matrazzen zu 3 1/2 und 4 rthl., und dergleichen Kopfstissen zu 1 rthl. sind vorräthig und verkauft  
G. S. Häusler.

### Engl. Patent = Stahlfedern

112. zu Fabrik-Preisen,  
empfehl  
N. Cassel, Langgasse.  
Wiederverkäufer erhalten angemessene Provision.

300. Astrakanischen Caviar, Elbinger Neunaugen, Brabanter Sardellen, Braunschweiger Wurst und Schweizer Käse empfiehlt

J. G. Hornig.

293. 200 Centner Runkelrüben, sind im Ganzen oder auch in kleinen Quantitäten zu verkaufen. — Bestellungen hierauf werden portofrei erbeten — Schweidnitz im Vorwerk Nr. 552 bei Schüg.

310. Frische Presshefe bester Qualität  
empfehlung und empfiehlt M. Spehr.

207. Kuchhölzer von Birken-, Erlen- und Aspen-Holz, für Stellmacher und Tischler, so wie gefüllten Kiefernsaamen, 10 sgr. das Pfund, und schönen Eikenssaamen, 20 sgr. den pr. Schffel, ist zu verkaufen bei G. S. Häusler.

### 312. Zu verkaufen.

Ein zweispänniger, schon gebrauchter Spazierschlitten ist billig zu verkaufen bei Werner sen. in Schönau.

\*\*\*\*\*  
237. Ein gutes Billard steht zum Verkauf beim Handelsmann Nicken in Görscheffen bei Löwenberg.  
\*\*\*\*\*

278. Auf dem Dominio Wagdorf bei Spiller sind circa 450 Stnr. gutes vorjähriges Wiesenheu zu verkaufen.

235. Ein im besten Zustand befindliches Gewerke einer Wassermangel ist sofort zu verkaufen. Das Nähere beim Kaufmann Weber in Landeshut.

291. Am 29. Januar d. J. treffen wir wiederum mit einem Transport Pommer'scher Pferde in Adelsdorf bei Goldberg ein, und werden uns dort zwei Tage aufhalten. Wir bitten geehrte Käufer um recht zahlreichen Besuch  
Bornstein & Rosenberg.

Kauf-Gesuch.

220. Trockene Knochen,

so wie Schweinswolle kauft fortwährend  
G. R. Schönfeld in Warmbrunn.



### Zu vermieten.

303. In dem Hause des Justiz-Raths Hälschner Nummer 201 zu Hirschberg sind drei, allenfalls auch vier, eine Stiege hoch gelegene Zimmer nebst Alkove, Küche und Speisekammer, sowie der nöthige Keller- und Bodengelaß, eine, auf ebener Erde befindliche, Bedientenküche, Pferde stall und eine, daneben befindliche, Räumlichkeit für Heu und Stroh zu vermieten.

### Personen finden Unterkommen.

287. In einer größeren Provinzial-Stadt wird ein Hauslehrer, Candidat der Theologie, welchem gleichzeitig die Erziehung seiner 2 Söhne obliegt, gesucht; — hierauf Reflectirende, die wo möglich gleich antreten können, wollen ihre Adressen unter Abschrift ihrer Zeugnisse franco Biegung, poste restante, unter Chiffre L. W. einsenden.

### Personen suchen Unterkommen.

321. Ein mit den vorzüglichsten Zeugnissen versehener Wirthschafts-Beamter, welcher sich noch gegenwärtig in Diensten befindet, den Betrieb der Brennerei aus dem Grunde verläßt, sucht entweder im ökonomischen Fache, oder als Calculator oder Mendant zum 1. April c. ein anderweites Unterkommen. Derselbe kann auf Verlangen eine angemessene Caution stellen.

Näheres auf portofreie Briefe durch den Commissionair W. Schröter in Warmbrunn.

289. Ein mit den vorzüglichsten Zeugnissen versehener unverheiratheter Kunstgärtner, welcher auch ökonomische Kenntnisse besitzt, und in schriftlichen Arbeiten sehr gut bewandert ist, sucht zu Ostern d. J. unter sehr soliden Ansprüchen ein Unterkommen. Näheres durch den Kunstgärtner M. Gebel in Gr.-Bresla bei Pissa i. Schl.

### Lehrlings-Gesuche.

320. Ein guter Knabe kann unter soliden Bedingungen bei mir in die Lehre treten. G. Uhrbach, Zimmer-Maler und Schilderschreiber.

### Lehrlings-Gesuch.

Junge Leute, die sich dem Fach der Kunstgärtnerei widmen wollen, können sich melden in Laßan Kr. Striegan beim Kunstgärtner Busch.

### Geld-Verkehr.

301. Capitalien von 400 bis 6000 rthl. aufwärts gegen sehr gute Sicherheit und übliche Zinsen werden gesucht. Hierauf Reflectirende — jedoch ohne Einmischung dritter — wollen sich bis zum 1. Mai d. J. melden beim Magistrat in Raumburg a. N.

### Einladung.

### Gasthof zur Pappel.

Daß ich am heutigen Tage den „Gasthof zur Pappel“ übernommen habe, zeige ich einem hochzuverehrenden reisenden Publikum mit der Bitte ergebenst an, mich recht zahlreich zu besuchen und daß ich mich bemühen werde, für prompte und solide Bedienung zu sorgen.

Gasthof zur Pappel zwischen Biegnitz und Goldberg, im Januar 1850.

Georg Rüssel.

### Gestohlen.

313. 2 Thaler Belohnung sichere ich Demjenigen zu, der mir den Thäter, welcher am 8. d. M. beim Kürschnermeister Scholz zu Greifenberg 2 nackte Kürschnerpelze (ein schwarzer und ein weißer) entwendet hat, so bezeichnen kann, daß ich denselben zur gerichtl. Untersuchung bringen und mein entwendetes Eigenthum wieder erhalten kann.

### Wechsel- und Geld-Cours.

Breslau, 19 Januar 1850.

Wechsel-Cours.		Briefe.	Geld.	Breslau, 19. Januar 1850	Oestrhein Zus.-Sch.	Niedersch. Märk. Zus.-Sch.	Sachs.-Schles. Zus.-Sch.	Krahan-Oberschl. Zus.-Sch.	Fr.-Witt.-Nord.us.-Sch.
Amsterdam in Cour.	2 Mon.	—	142 <sup>11</sup> / <sub>16</sub>						
Hamburg in Banco.	à vista	151 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
ditto ditto	2 Mon.	—	150 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>						
London für 1 Pfd. St.	3 Mon.	—	6. 25 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>						
Wien	3 Mon.	—	—						
Berlin	à vista	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
ditto	2 Mon.	—	99 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>						
Geld-Course.									
Holland. Rand-Ducaten	—	—	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>						
Kaiserl. Ducaten	—	—	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>						
Friedrichsd'or	—	113 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Louisd'or	—	112 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Polnisch Courant	—	96 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Wiener Banco-Noten à 150 Fl.	—	91 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Effecten-Cours.									
Staats-Schuldsch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> p. C.	88 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Seehandl.-Pr.-Sch.	à 50 Rtl	104	—						
Gr. Herz. Pos. Pfandbr.	4 p. C.	—	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>						
ditto ditto ditto	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> p. C.	91 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Schles. Pf. v. 1000 Rtl.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> p. C.	95 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
ditto dt.	500 - 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> p. C.	—	—						
ditto Lit. B. 1000 -	4 p. C.	100 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
ditto ditto	500 - 4 p. C.	—	—						
ditto ditto	1000 - 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> p. C.	93 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—						
Disconto	—	—	—						

Action - Cours		Bresl. Schweidn.-Freib.	Priorit.
Oberschl. Lit. A.	B.		
166 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	103 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	78 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—

### Getreide-Markt-Preise.

Jauer, den 19. Januar 1850.

Der	m. Weizen	g. Weizen	Woggen	Gerste	Haber
Scheffel	rthl. ser. v.	rthl. ser. pf.	rthl. ser. p.	rthl. ser. p.	rthl. ser. pf.
Höchst	1 26	1 18	27	24	16
Mittler	1 24	1 16	25	22	15
Niedrigst	1 22	1 14	23	20	14

Schönau, den 16. Januar 1850.

Höchst	1 28	1 19	28	23	16
Mittler	1 26	1 18	26	22	15
Niedrigst	1 24	1 17	25	21	14

Erbsen: Höchst. 26 ser.

Butter, das Pfund: 4 ser. — 3 ser. 9 pf — 3 ser. 6 pf.